

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindörner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preiszelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Was uns jetzt not tut.

Die Tarifbewegung der Holzarbeiter hat schon viele Federn in Bewegung gesetzt, obwohl sie erst eben begonnen hat und ihr Verlauf noch nicht abzusehen ist. In den Tageszeitungen kann man über dieses Thema neben dem Richtigen auch viel Falsches lesen. Der Umstand insbesondere, daß die Tarifbewegung der Holzarbeiter zeitlich zusammenfällt mit ähnlichen Bewegungen bei den Malern und im Baugewerbe, gibt Veranlassung zu Vergleichen, bei welchen meist die Eigenart unserer Bewegung, welche sie von den Tarifbewegungen in den genannten Gewerben unterscheidet, übersehen wird. Es handelt sich bei den Holzarbeitern nicht um eine Bewegung für das ganze Reichsgebiet; nur ein Teil unserer Zahlstellen, bei weitem nicht der größte, ist an den diesjährigen Tarifberatungen beteiligt. Und wenn sich die Zentralvorstände auch selbstverständlich vorbehalten, die Parteien zu beeinflussen, gegebenenfalls in die Verhandlungen einzugreifen und, wenn erforderlich, schließlich zu vermitteln und zu schließen, so ist doch das Streben zunächst darauf gerichtet, eine unmittelbare Verständigung der Parteien an den einzelnen Orten herbeizuführen. Sollte allerdings eine Verständigung nicht an allen Orten erfolgen, dann werden freilich die Unternehmer, ihrer seither verfolgten Taktik entsprechend, versuchen, auf der ganzen Linie auszusperren.

Die Auffassung, als ob es sich bei den Holzarbeitern ebenso wie bei den Malern und den Bauarbeitern um die Schaffung eines Reichstarifs handele, ist genährt worden durch die Konferenz der Zentralvorstände, die am 26. und 27. Oktober getagt hat, und über die manches Unrichtige in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Die Verhandlungen, die dort gepflogen wurden, waren vertraulicher Natur. Wenn man sich dahin verständigt hat, keine ausführlichen Berichte in der Presse zu veröffentlichen, so entspringt das keineswegs der Lust an Geheimniskrämerei. Diese Behandlung der Dinge, die auf der Konferenz zur Sprache kamen, war durch die Natur der Sache geboten. Es galt zunächst Fühlung zu nehmen zwischen den Zentralvorständen. Die Konferenzteilnehmer tauschten ihre Ansichten über verschiedenartige Gegenstände aus, aber wiederholt wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Verständigung über die einzelnen Punkte selbstverständlich vorbehaltlich der Zustimmung durch die Verbände erfolge. Die Vorstände hatten ja zu diesem Zeitpunkt noch keine bestimmten Direktiven von ihren Verbänden, die es ihnen gestattet hätten, sich auf den einen oder den anderen Punkt definitiv festzulegen. Die auf der Konferenz gewonnenen Eindrücke konnten bei den späteren Beratungen der Parteien mit ihren Vertrauensmännern verwendet werden, aber es war weder nötig noch zweckmäßig, über die doch immerhin ziemlich zwanglos geführten Verhandlungen öffentlich zu berichten.

Von unserer Seite ist diese Abmachung respektiert worden, man hat sich aber anscheinend nicht allgemein daran gehalten, und so ist denn mehr durchgedrungen, als auf der Konferenz tatsächlich besprochen und vereinbart worden war. So ist zum Beispiel über eine angebliche Verständigung bezüglich der „gegenseitigen freundschaftlichen Kündigung“ besonders viel fabuliert worden und die eigenartige Fassung des Kündigungsschreibens der Arbeitgeber in Verbindung mit der Mitteilung, die über die Verhandlungen in der „Nachzeitung“ erschienen sind, gab den ausschweifenden Gerüchten Nahrung. In den erwähnten Schriftstücken steht nicht, daß sich die Parteien über die gegenseitige freundschaftliche Kündigung verständigt hätten, aber bei oberflächlichem Lesen erwecken sie diesen Eindruck. Wir brauchen nicht zu wiederholen, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt wurde; die Tatsache, daß unsererseits nur ein Teil der Verträge gekündigt wurde, beweist das auch zum Überfluß.

Aus dem Umstand, daß von beiden Seiten der Hoffnung auf eine friedliche Verständigung Ausdruck gegeben wurde, wird vielfach geschlossen, daß Abmachungen getroffen seien, welche die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen verbürgen. Man begegnet an manchen Stellen der Auffassung, daß der Ausbruch eines Kampfes in der Holzindustrie vollständig ausgeschlossen sei. Wir haben unsere Kollegen schon gewarnt, sich dieser Auffassung hinzugeben und wir können unsere Warnung nur dringend wiederholen. Es besteht keinerlei Garantie für die Erhaltung des Friedens! So sehr wir auch eine Verständigung ohne Kampf wünschen, so besteht nach wie vor die Gefahr, daß die deutsche Holzindustrie einer riesigen Erschütterung entgegensteht. Dar-

über müssen wir uns klar sein und wir müssen uns hüten, mit gefalteten Händen die Dinge an uns herankommen zu lassen.

Eine fieberhafte Agitation muß jetzt entfaltet werden. Tausende von Holzarbeitern stehen noch außerhalb der Organisation, es muß alles daran gesetzt werden, diese für unseren Verband zu gewinnen. In den Orten, welche für die gegenwärtige Tarifbewegung in Betracht kommen, werden sich jetzt des öfteren Versammlungen notwendig machen. In diesen Versammlungen darf Keiner fehlen. Daß sämtliche Verbandsmitglieder erscheinen, ist selbstverständlich, aber auch die Unorganisierten müssen in diese Versammlungen gebracht werden. Das Tarifvertragswesen in der Holzindustrie ist schon einige Jahre alt; wir haben auf diesem Gebiet schon eine Reihe praktischer Erfahrungen gesammelt und die „Holzarbeiter-Zeitung“ insbesondere ist bemüht gewesen, die Kenntnis von dem Wesen der Tarifverträge unter den Kollegen zu verbreiten und zu vertiefen. Trotzdem gibt es noch viele Verbandsmitglieder, die diesen Dingen ziemlich verständnislos gegenüberstehen. In den erwähnten Versammlungen wird man neben der Erörterung der aktuellen Fragen besonders Wert darauf legen müssen, die Frage der Tarifverträge von allen Seiten einer gründlichen Beleuchtung zu unterziehen.

Diese Agitation größeren Stils macht aber die Kleinarbeit nicht überflüssig. Mehr noch als sonst muß jeder Kollege darauf achten, daß alle seine Nebenarbeiter organisiert sind. Wo sich Unorganisierte befinden, muß mit Eifer an die Aufklärungsarbeit gegangen werden. Diese Arbeit ist schwer und mühselig; nur in seltenen Fällen wird sie durch den sofortigen Erfolg belohnt. Man darf sich jedoch durch eine kurze Ablehnung nicht abschrecken lassen; immer wieder von neuem muß ein Versuch unternommen werden. Anknüpfungspunkte finden sich die Hülle und Fülle und ganz besonders gegenwärtig, wo die begonnene Tarifbewegung unererschöpflichen Stoff bietet, um die Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation zu demonstrieren.

Necht gute Erfolge sind bereits durch intensive Hausagitation erzielt worden. Man muß die Unorganisierten in ihrem Heim aufsuchen und sie zu überzeugen trachten. Diese Tätigkeit erfordert ein besonders hohes Maß von Geduld und Ausdauer. Längst widerlegte Einwände müssen immer wieder aufs neue widerlegt, aufstrebende Bedenken geräumt werden. Es gibt schließlich kein Ende, es muß ein solches Verhalten können, den Unorganisierten das Organisationswesen näher zu bringen. Mancher Unorganisierte würde, wenn es nur auf ihn allein ankäme, ganz gern dem Verband beitreten, aber das Hindernis ist die Frau. Viele Arbeiterfrauen zeichnen sich durch eine staunenswerte Kurzsichtigkeit aus. In der Sorge für ihren Haushalt wehren sie sich gegen jede unnötige Ausgabe, und als solche betrachten sie auch den Verbandsbeitrag. Hier erwacht den Kollegen, die sich der Hausagitation unterziehen, eine sehr dankbare Aufgabe. Wenn der widersprechenden Arbeiterfrau demonstriert wird, wie wertvoll die Zugehörigkeit zum Verband ist, wie nur allein mittels der Organisation eine Steigerung der Löhne, eine Erhöhung ihres Haushaltsgeldes erzielt werden kann, dann wird sich ihre Ansicht bald ändern; statt ihren Mann vom Verband fernzuhalten, wird sie ihn zur tätigen Mitarbeit anfeuern.

Es gibt so manche Agitationsmöglichkeit, sie alle müssen jetzt auf das gründlichste ausgenutzt werden. Nicht vergessen darf aber auch werden, daß der Erfolg zu einem guten Teil von den gefüllten Kassen abhängt. Pünktliche Beitragszahlung ist jetzt nötiger als je. Sie trägt zur Auffüllung der Kassen bei und wahrt dem einzelnen Mitglied seine Rechte an dem Verband. Die Lokalverbände müssen mit peinlichster Strenge darauf achten, daß Restanten keinen Anspruch auf Unterstützung irgendwelcher Art haben. Diese Strenge sind sie dem Gros der Mitglieder schuldig, welches seine Pflichten pünktlich erfüllt. Für jeden einzelnen kommt in Betracht, daß wir mit der Möglichkeit eines großen Kampfes rechnen müssen; da heißt es sich rechtzeitig vorsehen, um nicht im gegebenen Moment die Entdeckung zu machen, daß man durch die eigene Dummheit den Unterstützungsanspruch verschärzt hat.

Diese Möglichkeit eines Niesenkampfes müssen wir uns jetzt unablässig vor Augen halten, und all unser Tun und Lassen müssen wir auf diesen Kampf einrichten. Wir wollen wünschen, daß unseren Kollegen diese Prüfung erspart bleibt, aber mit dem frommen Wunsch ist es

allein nicht getan, nur die gründlichste Vorbereitung zum Kampf gewährt uns die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens!

Die „Nachzeitung“ des Arbeiterschutzesverbandes gefällt sich darin, just zu Beginn der durch die Vertragskündigungen der Arbeitgeber eingeleiteten großen Tarifbewegung ganz im Stile des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in einem Leitartikel ihre Glossen über die „Genossen“ zu machen. Und der Vorstand des Arbeiterschutzesverbandes erläßt in derselben Nummer eine offizielle Warnung an die Arbeitgeber in den Vertragsstädten, bei den Verhandlungen den Worten der Arbeitervertreter keinen Glauben zu schenken, wenn dieselben sich auf in anderen Städten schon erfolgte Bewilligungen der Arbeitgeber beziehen sollten.

Wenn von dieser Seite in solcher Weise operiert wird, so verschafft das unseren Kollegen gleich von Anfang an die erwünschte Klarheit über die Stellung, in welcher sie sich der Leitung des Arbeiterschutzesverbandes gegenüber auch jetzt wieder befinden. Es ist insbesondere bezeichnend für den Vorstand des Arbeiterschutzesverbandes, daß er mit der erwähnten Bekanntmachung den Vorwurf der Unwahrheit und Lüge gegen unsere Kollegen erhebt, nachdem kaum vierzehn Tage vergangen sind, als gerade er den Arbeitgebern in den Vertragsstädten vorgespiegelt hat, es sei mit dem Holzarbeiterverband die „gegenseitige, freundschaftliche“ Kündigung aller Verträge vereinbart worden. In allen den Städten nämlich, wo nur die Arbeitgeber kündigten, haben in den bisher stattgefundenen ersten Verhandlungen die Arbeitgebervertreter eine solche falsche Darstellung als authentische Information ihres Vorstandes zum besten gegeben.

Wir meinen, die Leitung des Arbeiterschutzesverbandes sollte sich ihrer Verantwortung für den Verlauf der jetzigen Tarifbewegung besser bewußt sein. Die Existenz von Tausenden von Arbeitgebern und Zehntausenden von Arbeitern des Gewerbes steht auf dem Spiel, ja, das Gesamtinteresse der Holzindustrie. Und in solchem ernstem Augenblick scheut man nicht vor offenkundiger Verleumdung der Holzarbeiter zurück, wo auf der anderen Seite gerade jetzt bei allen Verhandlungen die Arbeitgeber um „gut Wetter“ bitten, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen für den Abschluß neuer Verträge ja recht bescheiden sein mögen.

Wäre es dem Arbeiterschutzesverband ernst mit seinen wiederholten Friedensbetuerungen, so müßte er sich jetzt anders betätigen. Er ist es doch gerade, der angeblich alles Heil der Zukunft von den Tarifverträgen erwartet, also wäre es Aufgabe und Pflicht für ihn, seine Mitglieder jetzt für eine vernünftige Fortbildung der Vertragsgemeinschaft mit den Arbeitern zu interessieren. Der Vorstand des Arbeiterschutzesverbandes mißsammt der Redaktion der „Nachzeitung“ mögen bedenken, daß es ohne eine nennenswerte Verbesserung der alten Vertragsbestimmungen schwerlich gelingen dürfte, zu einer friedlichen Erneuerung der Verträge zu gelangen. Die bisherigen Verträge enthalten in ihrer Unvollkommenheit zumeist so vielerlei Mängel, die gerade jetzt einer objektiven Erörterung bedürftig wären, so daß die Leitung des Schutzesverbandes wohl Anlaß hätte, die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber hierauf hinzulenken, statt die Arbeiter und deren Vertreter zu verdächtigen und die Arbeitgeber der beteiligten Städte aufzustacheln: nur ja nichts zu bewilligen! Denn das ist letzten Endes doch wieder wie früher der Zweck der Hebung. Statt sein Teil zur friedlichen Förderung der örtlichen Verhandlungen beizutragen, tritt der Vorstand des Schutzesverbandes mit seiner Bekanntmachung störend zwischen die Parteien, die anderenfalls vielleicht zur Einigung bereit sein würden. Somit bedeutet seine Bekanntmachung nichts anderes als die Overtüre zum Kampf. Unsere Kollegen werden sich danach einzurichten wissen.

Das Faß ohne Boden.

Es gibt nicht wenige Kollegen, die immer noch glauben, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sei das Lin und Auf der gewerkschaftlichen Organisation. Nun ist es ja zweifellos, daß dadurch eine ganz wesentliche Erhöhung der Lebenshaltung bewirkt wird, zumal jede Abkürzung der Arbeitszeit eine indirekte Lohnaufbesserung bedeutet und gar direkte Lohnaufbesserungen die Kaufkraft natürlich noch mehr erhöhen. Aber die Arbeiter kommen doch heute auch zu der Erkenntnis, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit — und wäre sie noch so erfolgreich — wenn man sie auf dieses verhältnismäßig enge Gebiet des

Arbeitsvertrages beschränkt, durchaus nicht genügt. Denn während der eiserne Kassenstrahl des Kapitalisten zwar unergründlich tief ist und ungeheure Massen Kapital aufzunehmen kann, während es gleichzeitig dem Kapitalisten möglich ist, stets aus dem Vollen zu schöpfen, das Verbraucht aber aus dem Arbeiter wieder herauszuschinden, ist das Geldtäschchen des letzteren, das bei ihm die eiserne Staße vertritt, so beschaffen, daß sich darin absolut nichts aufhalten will. Kaum hat er was verdient, muß er es auch schon wieder ausgeben. Es ist, als ob man Wasser auf eine rotglühende Herdplatte schütten würde, als ob unsichtbare Hände den schmalen Verdienst, den der Arbeiter mit Mühe und Not in sein Portemonnaie brachte, mit Diebsfingern wieder herauszaubern würden.

Und diese Annahme ist keine Täuschung, sondern grausame Wirklichkeit! Es sind Hände mit Diebsfingern, sehr biden, wulstigen Fingern: die schmierigen Pranken der Produzenten, Zwischenhändler, Agrarier und Großindustriellen, die aber alle dieselbe Arie singen: „Das Geld ist nur Chimäre...“ Was sie so verstehen: daß das Geld der anderen für sie Chimäre (Schein) ist — solange sie es nicht selber besitzen! Und da sie das Geld der anderen heftig lieben, so sind sie eifrig beflissen, es sich anzueignen. Zu diesem Behufe schneiden sie in die Hosentaschen der Arbeiter Löcher und leiten das herausfallende Geld in ihren eisernen Geldschrank, der freilich mehr einem Fasse ohne Boden gleicht, das die Arbeiter ewig nicht vollpumpen können, indes sie — die Arbeiter selber — mit einem Sieb bewaffnet, mühsam ein paar Tropfen für ihren eigenen Bedarf erfassen.

Wie so kommt dies? Warum gleicht die eiserne Kasse des Kapitalisten einem Fasse ohne Boden, und warum hat der Arbeiters Tasche ein Loch? Das macht der Kapitalismus mit seinen raffinierten Ausbeutungsmethoden, seinem fein erklügeltsten Bewucherungssystem, seinen Saugpumpen und Schröpfköpfen zum Blüden der Massen: das betrügerische Lohnverhältnis, dann die Schutzzölle, die Steuern, die Zwischenhandelspraktiken, die Akkreditivs der großen und die Diebstähle der kleinen Lebensmittel-lieferanten, der adligen und sonstigen Grundbesitzer, zu welchen auch die katholische Kirche gehört, die sich in manchen Ländern (z. B. in Oesterreich) über 30 Prozent der Bodenfläche angeeignet hat! Die Getreideschäbeler, Müller, Bäcker, Fleischer, Wirte, Krämer und sonstigen Lebensmittelhändler. Von der Landwirtschaft bis zum Detailhandel schlingt sich eine Kette von wucherischen Elementen aller Art, die keine andere Lebensaufgabe zu haben scheinen, als ihren Mitmenschen jeden Bissen Brot zu verteuern, jedes Stück Fleisch zu verfeinern, jeden Trunk durch Abgaben zu verringern, jeden Genuß überhaupt zu schmälern und zu vermindern.

Die ganze kapitalistische Wirtschafts-, Gewerbe-, Handels-, Zoll-, Steuer- und Finanzpolitik läuft darauf hinaus und hat nur den einzigen Zweck, die Besten der Produktionsmittel (Grund und Boden, Häuser und Fabriken, Maschinen und Werkzeuge, Roh- und Hilfsstoffe) auf Kosten der Bestlofen zu bereichern. Die soziale Not ist zwar durch den technischen Fortschritt und die Organisation der Arbeiterklasse etwas gemildert worden und hat in gewisser Hinsicht manches von ihrer Schärfe verloren; aber der Gegensatz zwischen arm und reich ist aufreißender denn je, und die Schwierigkeiten in der Beschäftigung und Ernährung der Volksmassen haben nicht abgenommen. Nicht bloß die Frage der Produktion, der lohnenden Beschäftigung, brennt uns auf die Zinnersäge, auch die Konsumfrage, das Problem der Ernährung und Ernährung ruft Kriege hervor.

Sinkt litt das Volk Mangel, weil nicht genug Güter erzeugt wurden, weil Mißwachs eingetreten oder weil es aus Mangel an Verkehrsmitteln nicht möglich war, die erforderlichen Getreidemengen rasch zu beschaffen. Die Hungersnot war eine Folge der unzureichenden Produktion und der unvollkommenen Kommunikation. Diese Zeit ist vorbei. Heute handelt es sich nicht mehr darum, wie man Güter erzeugt und transportiert. Tritt bei uns eine Mißernte ein, so kann uns Nordamerika, Argentinien, Australien, Sibirien, können uns andere getreidebauende Staaten aushelfen. Das heißt: sie könnten, wenn sie dürften, wenn unsere Agrarier es erlauben würden! So aber werden auf Geheiß der letzteren die reichsten Kornkammern der Welt gesperrt, und wir müssen Hunger leiden bei größtem Ueberfluß an Lebensmitteln aller Art.

Also an Brot und sonstigen Nahrungsmitteln fehlt es nicht! Auch ist es nicht immer der schlechte Beschäftigungsgrad der Industrie, der den Arbeiter zu Entbehrungen verurteilt. Bei aller Ausbeutung könnte er sich ernähren, wenn nicht seine Kaufkraft gewaltig herabgedrückt würde dadurch, daß man die Warenmenge im Inland mittels Zollschranken künstlich verringert und dadurch verteuert. Speziell die Agrarier, das sind die großen und mittleren Landwirte, sind eifrigst darauf bedacht, durch Maßnahmen aller Art die Ueberproduktion an Lebensmitteln zu verhindern. Sie sehen es gar nicht gern, wenn zubielt Getreide auf den Markt kommt. Denn dann sinken die Preise, und wenn dies der Fall ist, mindert sich ihr Profit. Darum trachten sie die Preise möglichst hoch über die Produktionskosten hinauszutreiben, indem sie sich durch enorme Schutzzölle die ausländische Konkurrenz vom Leibe halten und durch Verkaufsorganisationen (Lager-, Absatz-, Kredit- und andere Genossenschaften) die Preise „regulieren“, das heißt hinaufschrauben. Da sie überdies den großkapitalistischen Zwischenhandel auszuspalten bestrebt sind, fällt ihnen

vom Bodenertrag eine immer größere Portion zu. Dazu haben sie sich durch ihre stammende politische und wirtschaftliche Koalition enorme Steuerbegünstigungen auf der einen Seite und horrenden Subventionen aus öffentlichen Mitteln zu ergattern gewußt. Dabei hängt die Rentabilität der Landwirtschaft heute nicht mehr so stark von der Witterung ab, sondern von der zweckmäßigen Bearbeitung des Bodens, der Betriebsintensität, den Verkehrs- und Verkaufsbedingungen; was noch fehlt, muß der „Staat“ beistellen, das heißt die Agrarier, unterstützt von den übrigen Kapitalisten, beschließen, was die anderen zu zahlen haben, und nehmen sich in Form von Liebesgaben und Subventionen aus dem Staatsäckel die gewaltigsten Summen — mehr als sie hineinzahlen. Das agrarische Faß ist ohne Boden! Es ist aber nicht das einzige; doch davon ein andermal.

Und der Arbeiter? Er muß sich zuerst mit feinesgleichen herumalgen, damit ihm nicht das eigene Fleisch und Blut in den Rücken falle, wenn er sein Einkommen vermehren, seine Existenzbedingungen erleichtern will. Dann muß er sich mit den Unternehmern herum schlagen, damit sie seine Forderungen bewilligen, und mit den Behörden, die die Streikbrecher und Ausbeuter beschützen. Hat er endlich eine bessere Bewertung seiner Arbeitskraft durchgesetzt, so kommt der Staat, die Gemeinde und ver-langen Abgaben unter allen möglichen Titeln; es kommt die lange Reihe der Zwischenhändler, der Wohnungswucherer, der Geschäftsmann und „Bürger“, welcher es als sein göttliches und staatsbürgerliches Vorrecht ansieht, dem Arbeiter die letzten Groschen aus der Tasche zu locken, und der Peter und Morio schreit, wenn sich der Arbeiter dabei wehrt. Der vermaledeite Kerl, der Malfizsozialist: er läßt sich nicht mehr gutwillig die Wolle vom Fell scheeren! Denn er weiß, daß es nicht Gottes Gebot ist, sich bestehlen zu lassen, und daß diejenigen, die ihm Ergebenheit und Zufriedenheit predigen, — selber die unzufriedensten, unerzätlichsten Rebellen wider alle Vernunft und Gerechtigkeit sind; gefährliche Weutelschneider gerade deshalb, weil sie ihr Handwerk unter dem Schutze des Gesetzes betreiben, weil sie wissen, daß die proletarische Tasche vollere Tasche ist, durch die man leicht das Geld ziehen kann.

Das Faß ohne Boden und die löcherige Tasche — sie müssen verschwinden!

Wer einen Einfluß auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen ausüben will, muß Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. :: :: :: :: :: ::

u. Der Herr Generalsekretär

des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Herr Adam Stegerwald, ergreift zum zweiten Male das Wort, um die Haltung seiner Organisation in Sachen der Reichsfinanzreform zu rechtfertigen. Diesmal tut er es in einem langen Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung“. Zunächst wehrt er sich — und zwar mit Recht — gegen die Meinung eines liberalen Blattes, daß ein christlicher Gewerkschafter sich nicht politisch betätigen, nicht für eine politische Partei glücken dürfe. Zunächst wehrt er sich als Staatsbürger zu betätigen; die „politische Neutralität“ der christlichen Gewerkschaften will ja auch nicht die politische Enthaltensamkeit für das einzelne Gewerkschaftsmitglied verkünden, im Gegenteil wird von diesem ausdrücklich verlangt, daß er sich politisch betätigen und am Parteileben teilnehmen soll — allerdings außerhalb der Gewerkschaft, aus deren Versammlungen und Organen die politische Agitation fernzubleiben hat. Von unserer Seite ist auch nie den christlichen Gewerkschaftsleuten vorgeworfen worden, daß sie von ihren Rechten als Staatsbürger Gebrauch machen und sich politisch betätigen, wir haben immer nur hingewiesen auf den Widerspruch: gewerkschaftlich im Dienste der Arbeiter und politisch im Dienste der Arbeiterfeinde, wozu wir auch das Zentrum rechnen, tätig sein zu wollen. Und nicht nur das einzelne Gewerkschaftsmitglied soll sich nach unserer Meinung politisch betätigen, sondern auch die Gewerkschaft als solche muß, wenn auch ihre Hauptaufgaben in der günstigeren Gestaltung des Arbeitsvertrages, in der wirksamen Förderung des Arbeiterschutzes usw. liegen, doch zu gewissen allgemein politischen Fragen Stellung nehmen, weil die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben vielfach von der Gestaltung der politischen Verhältnisse (Wahlrecht, Handelsverträge, Zoll- und Steuergefeßgebung) abhängig ist und weil unter Umständen, wenn es die Erklämpfung wichtiger Arbeiterrechte, die Abwehr volks- und arbeiterfeindlicher Maßnahmen gilt, das ganze Gewicht der Arbeiterbewegung mobil gemacht werden muß und es eine Unterlassungsfünde schwerster Art wäre, wenn dann die Gewerkschaften tatenlos beiseite ständen und die Aktionsfähigkeit der kämpfenden Brüder lähmten. Insofern sind wir gegen die „politische Neutralität“, wie sie von den christlichen Gewerkschaften verkündet wird, weil wir in ihr vielmehr eine politische Parteinahme erblicken, die namentlich dem Zentrum zugute kommt. Die christlichen Gewerkschaften haben die „politische Neutralität“ in Wahrheit auch nur dem Zentrum zuliebe erfunden, um dieses nicht in seinen politischen Kuchhandeleien und volksfeindlichen Maßnahmen

zu stören. So war es beim Zolltarif, so war es bei der Reichsfinanzreform, wo die christlichen Gewerkschaften allem Arbeiterinteresse zuwider bei Fuß standen, um das Zentrum nicht in seinen politischen Berechnungen zu stören — aus „politischer Neutralität“, die, wie Herr Stegerwald uns auch jetzt wiederholt wissen läßt, für die christlichen Gewerkschaften geboten ist, weil sich diese „aus Anhängern der verschiedensten politischen Parteien“ zusammensetzen und infolgedessen eine Beschäftigung mit politischen Dingen zu Zerwürfissen und Zerspaltungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften führen müsse. Das ist Schwindel. Die Leitung wie die Mitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften ist durchaus ultramontan, mit einem geringen Zuschuß aus der christlichsozialen Partei, die aber dem Zentrum politisch, wirtschaftlich und geistig völlig ebenbürtig ist. In dieser Hinsicht sind also die christlichen Gewerkschaften ein recht einheitliches Gebilde; außer dem Zentrum kommt keine andere Partei für die Anhängerschaft nennenswert in Betracht und nicht aus Rücksicht auf die verschiedenartige politische Gesinnung der Mitglieder, sondern lediglich aus Rücksicht auf das Zentrum ist die „politische Neutralität“ erfunden worden.

Nun hat Herr Stegerwald, der nicht umsonst durch die Schule der M.-Glöckbacher gegangen ist, auch seine „Be-weise“ für die Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften, selbst vom Zentrum! Ungerechtfertigte Angriffe, von welcher Seite sie kommen mögen, werden von den christlichen Gewerkschaften trotz aller „parteilichen Neutralität“ zurückgewiesen — so verkündet er, und um dar-zutun, wie manhaft die christlichen Gewerkschaften auch dem Zentrum gegenüber ihre „Unabhängigkeit“ zu wahren wissen, schreibt er: „Als 1907, anlässlich des Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongresses, einige Zentrumsblätter die Entsendung einer Deputation zum Reichskanzler Fürsten Bülow kritisierten, schrieb das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften: „Die christlich-nationalen Arbeiter haben keine Veranlassung, sich mit der Regierung und ihrem ersten verantwortlichen Beamten quer zu stellen. Die Art, wie ein Teil der bürgerlichen Tagespresse diesen Akt der Götlichkeit politisch auszunutzen versucht, muß deshalb entschieden zurückgewiesen werden. Die christlich-nationalen Arbeiter werden sich in der Verfolgung ihrer Ziele nicht von dem Umstand beeinflussen lassen, daß diese oder jene einflussreiche Partei mit der allgemeinen Politik des Reichskanzlers nicht einverstanden ist.“ Als bei der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes einige Zentrumsblätter des Ruhrreviers die Entsendung Behrens aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung forderten, wies das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften die Art, wie man der christlichen Gewerkschaftsbewegung gewissermaßen Direktiven geben wollte, ob Behrens noch ferner im christlichen Gewerkschaftslager bleiben kann oder nicht,“ auf das entschiedenste zurück. Die gleiche Behandlung müssen sich schließlich die Organe aller politischen Parteien gefallen lassen, die, in Verkennung des Charakters der christlichen Gewerkschaften, diesen bei den verschiedenen politischen Aktionen, die außerhalb des Rahmens der christlichen Gewerkschaftsbewegungen liegen, Schwierigkeiten zu machen suchen.“

Und jetzt zweifle noch einer an der „Unabhängigkeit“ und „Selbständigkeit“ der christlichen Gewerkschaften dem Zentrum gegenüber. Man denke: einige ihrer Führer sind 1907 zum Reichskanzler gegangen, trotzdem das einigen Zentrumsblättern nicht gefiel — wobei Herr Stegerwald übersehen, daß es sich hier nicht um eine Aktion der christlichen Gewerkschaften, sondern um eine Aktion des christlich-nationalen Arbeiterkongresses handelte, bei dem die christlichen Gewerkschaften nur als Teilnehmer in Betracht kamen. Und man denke weiter: die christlichen Gewerkschaften haben Herrn Behrens, trotzdem es einige Zentrumsblätter verlangten, nicht fallen lassen — wobei Herr Stegerwald wieder mal übersieht, daß Herr Behrens (übrigens mit Recht!) von seinen christgewerkschaftlichen Freunden namentlich im Bergarbeiterverband bezart gerüffelt wurde, daß jeder andere mit weniger dickem Fell begabte das als einen Hinauswurf betrachtet und von selber das Feld geräumt hätte. Aber gleichviel — was besagen diese Lappalien gegenüber Fällen wie dem Zolltarif und der Reichsfinanzreform, wo es sich um das Wohl der gesamten Bevölkerung, namentlich der Arbeiterklasse, handelte und wo die christlichen Gewerkschaften sich als Handlanger des Zentrums hergaben, und diesem ermöglichten, im Interesse einer agrarischen Minderheit das arbeitende Volk um Millionen und Milliarden zu belasten!

Zum Schluß bittet der Herr Generalsekretär bei den bürgerlichen Parteien um geneigtes Wohlwollen für die christlichen Gewerkschaften. Er meint, schließlich ständen dann noch unserem Vaterlande neben der nun einmal verabschiedeten Reichsfinanzreform auch noch andere Aufgaben bevor, an denen die Mitwirkung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterwelt geboten und rasch am ehesten. Mit einem unausgefehten nachträglichen Apollonieren über die Reichsfinanzreform, an der gegenwärtig doch nichts mehr zu ändern sei, würde bei dem national gesinnten Teil der Arbeiterschaft lediglich eine Reichsverdrossenheit und schließlich nur eine Verekelung der Arbeiter hinsichtlich ihrer Mitarbeit in den bürgerlichen Parteien allgemein erreicht. Die christlichen Arbeiterführer, die der sozialdemokratischen Agitation in Sachen der Reichsfinanzreform in Versammlungen durch sachliches Material entgegengetreten, seien also nicht kurzzerhand mit „Zentrumsrechte“ abzutun, sondern sie seien tätig dabei in der Ueberzeugung, sowohl ihren eigenen Massengenossen wie auch ihrem Vaterlande einen Dienst zu erweisen.

Warnung vor Suzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Suzug ist fernzuhalten von:

- Fischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Arnswalde, Bauken (Waggonfabrik), Beuel bei Bonn (Kunstgewerbliche Holzindustrie), Höchst a. M., Langenberg, Neuh. J. L., Ludenwalde, Neustadt a. Orla (August Mittelbach), Rathenow, Salzuflen, Schwenningen i. W. (Wöbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Meran in Tirol, Schweden.
- Korbmachern nach Bremen (Stolle), Corbetha (Saalbach), Halle a. S. (Saalbach), Loitz.
- Drechsler nach Bockenheim, Ludenwalde.
- Stellmachern nach Bauken (Waggonfabrik).
- Polierern nach Ludenwalde.
- Parfettlegern nach Berlin.

Wir wollen uns nicht darum kümmern, ob und inwieweit die christlichen Gewerkschaften mit ihrem Liebeswerben Erfolg haben bei den bürgerlichen Parteien, den national-liberalen Scharfmachern und konservativen Wahlrechtsfeinden. Jedenfalls gönnen wir ihnen deren Günst. Wir werden dafür desto eifriger an der Aufgabe wirken, die Arbeiter darüber aufzuklären, was sie zu erwarten haben von einer Organisation, die wie die christlichen Gewerkschaften ihre Bestimmung darin suchen, den offenen und versteckten Arbeiterfeinden in die Hände zu arbeiten.

Zunungen und Arbeitgeberverbände.

Die preussische Regierung hat wieder einmal den Beweis dafür erbracht, daß sie die auf die Unterdrückung der Arbeiter gerichteten Bestrebungen der Unternehmer mit besonderem Wohlwollen verfolgt, und ihnen nach Möglichkeit Vorschub leistet. Durch die Reichs-Gesetzgebung ist die alte abgewirtschaftete Zunungsherrschaft zu neuem Leben erweckt worden. Obwohl der Nutzen, den die Zunungen dem Handwerk gewähren, ein sehr problematischer ist, können doch unter Umständen sämtliche selbständigen Handwerker eines Bezirks gezwungen werden, der Zunung beizutreten und sie durch Beiträge zu unterstützen. Auf diese Weise werden die Unternehmer durch die Staatsgewalt zur Organisation gezwungen, während gleichzeitig den Organisationen der Arbeiter die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Ein Mangel haftet aber den Zunungen an, sie können von den streitbaren Kräften nicht ohne weiteres als Kampforganisationen gegen die Arbeiter verwendet werden. Der § 81a Ziffer 2 der Gewerbeordnung bezeichnet nämlich als eine der Aufgaben der Zunungen, die „Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“. Um diesem Mangel abzuhelfen, haben sich die Handwerker nach dem Muster, das ihnen die Großindustriellen gegeben haben und zum Teil mit diesen zusammen sogenannte „Arbeitgeberverbände“ geschaffen, die ausschließlich Kampforganisationen gegen die auf die Hebung ihrer Lebenshaltung gerichteten Bestrebungen der Arbeiter sind. Für diese Arbeitgeberverbände wird eine lebhaft propagandistische Tätigkeit, die aber nicht immer in dem gleichen Maße erfolgreich ist, wie die für die Zunungen. Brauchen auch die Arbeitgeber nicht wie die Gewerkschaften bei ihrer Agitation auf den § 153 der Gewerbeordnung Rücksicht zu nehmen, da die Staatsanwaltschaft bekanntlich über die Verstöße der Unternehmer gegen diesen Paragraphen leicht hinwegsieht, so kann doch andererseits nicht mit offenem Zwang vorgegangen werden. Es geht nicht, wie bei den Zunungen, mit Mehrheit zu beschließen, daß alle Unternehmer des Gewerbes dem Arbeitgeberverband beitreten müssen.

In der Zeitung der Zunungen und der Arbeitgeberverbände herrscht vielfach eine Personalunion und strebsame Schutzverbandsleiter haben es schon oft schmerzlich empfunden, daß nur ein Teil der ihnen unterstellten Zunungsmeister zugleich Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind. Man hat auch bereits versucht, durch Zunungsbeschlüsse diesem Mangel abzuhelfen. Wenn die Zunung beschließt, korporativ dem Arbeitgeberverband beizutreten, dann müssen auch die Unternehmer, die beitreten, in Frieden mit ihren Arbeitern auskommen, die Wochsprünge des Arbeitgeberverbandes mitmachen und diese Organisation gegen ihren Willen unterstützen. Ganz zweifelhaft waren jedoch solche Beschlüsse nicht und als bei der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe viele Schneiderinnungen diesem Verband als Mitglied beitraten, wandte sich der Vorstand des Bundes deutscher Schneiderinnungen an den damaligen Handelsminister Müller mit der Anfrage, ob gegen diese korporative Mitgliedschaft Bedenken vorliegen.

Die Antwort des Ministers ist in einem vom 20. Januar 1903 datierten Erlaß erfolgt, in welchem ausgeführt wird, daß die Zunungen im allgemeinen nicht zum Eintritt in einen Arbeitgeberverband berechtigt seien und daß der dennoch vollzogene Bei-

tritt die Schließung der Zunung zur Folge haben könne. In bezug auf den Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe heißt es in dem Erlaß: Dieser Verband ist seiner Bestimmung nach, wenn es auch in den Statuten nicht klar hervortritt, ein Kampfbund gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer. Seine Bestimmung steht somit in Widerspruch zu § 81a Ziffer 2 der Gewerbeordnung, wonach die Aufgabe der Zunungen die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen ist. Hierzu kommt noch, daß den Zunungen auch Mitglieder angehören, die nicht Arbeitgeber sind, und daß es eine Unbilligkeit sein würde, die von ihnen mit aufgebrachtten Zunungsmitteln einem Verbande zuzuwenden, dessen Aufgabe lediglich die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitgeber bildet.

Mit diesem Erlaß, der nur Selbstverständliches besagt, haben sich die Unternehmer feither abgefunden. Zu beachten ist dabei, daß der frühere Handelsminister Müller ein Großindustrieller war, dessen Sympathien offensichtlich den Scharfmacherischen Unternehmern gehörten. Wenn er sich trotzdem zu den in seinem Erlaß vom 20. Januar 1903 ausgesprochenen Grundsätzen bekannte, so kann man überzeugt sein, daß er sich dabei nicht etwa von einer geheimen Vorliebe zu den Gewerkschaften, als den Gegnern der Arbeitgeberverbände leiten ließ. Jetzt steht ein Bureaurat an der Spitze des preussischen Handelsministeriums. Von Herrn Sydow hätte man eigentlich in dieser Frage eine noch größere Objektivität erwarten dürfen als von dem Großindustriellen Müller. Aber Herr Sydow weiß, was er den Scharfmachern schuldig ist und die Herren vom Zentralverband der Industriellen haben schon öfters unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sie sich als die eigentlichen Herrscher in Preußen fühlen und daß sie es verstehen, widerspenstige Minister zur Mäson zu bringen. Herr Sydow hat jedenfalls geglaubt, den Scharfmachern eine besondere Freude zu bereiten und gleichzeitig seine Stellung zu festigen, als er am 27. Oktober den nachstehenden Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten richtete:

Nach der Entwicklung, welche die Arbeitgeberverbände genommen haben, hat sich ein großer Teil von ihnen aus Kampfverbänden der Unternehmer mehr und mehr zu Organisationen umgestaltet, die in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Organisationen der Arbeitnehmer die zwischen diesen und den Arbeitgebern bestehenden Interessengegenstände auszugleichen und dazu beizutragen bemüht sind, daß an Stelle des Kampfes ein auf gerechter Grundlage beruhendes friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande kommt. Inwieweit erscheint ihre Wirksamkeit wohl geeignet, auch der Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, wie sie der § 81a der Gewerbeordnung den Zunungen zur Pflicht macht, zu dienen. In Abänderung des Erlasses vom 20. Januar 1903 will ich daher genehmigen, daß in Zukunft auch den Zunungen der Beitritt zu Arbeitgeberverbänden gestattet wird. Ich setze dabei voraus, daß die Zunungen innerhalb der Arbeitgeberverbände im Sinne der Erhaltung und Befestigung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirken und sich, wo noch Arbeitgeberverbände bestehen, die reine Kampforganisation sind, von solchen fernhalten werden. Falls den Zunungen aus diesem Beitritt die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen an die Arbeitgeberverbände erwacht, wird in dem Maße, in dem die Zunungen Mitglieder einer Zwangsvereinigung, welche keine Gesellen und Lehrlinge hatten, ebenso wie die Gesellen Zunungsmitglieder selbst, gemäß § 100,5 Abs. 2 der Gewerbeordnung von der Zahlung von Beiträgen befreit bleiben.

Herr Sydow kann sich seine Entdeckung, daß ein großer Teil der Arbeitgeberverbände aufgehört habe, Kampforganisation zu sein, patentieren lassen. Er hat mit dieser Entdeckung einen Scharfblick bewiesen, der nicht überboten werden kann. Alle anderen Leute, die diesen Dingen einige Aufmerksamkeit schenken, sehen, daß der Gegensatz zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften immer schärfer wird, daß die Unternehmerorganisationen dort, wo sie sich stark genug fühlen, ihrer Kampflust keinen Zügel anlegen und daß sie nur dann, wenn ihnen die Draußen zu hoch hängen, Friedensschalmeien anstimmen. Das tut aber alles nichts; der Handelsminister betrachtet die Verhältnisse durch eine ganz eigenartige Brille. Wo andere den erbitterten Kampf sehen, erblickt er einen paradiesischen Zustand, wo Lamm und Tiger friedlich nebeneinander weiden. Auf der Scharfmacherkonferenz am 15. Oktober sprach der Geheim-Oberfinanzrat Müller von der mangelnden Kenntnis und Einsicht in den Ministerien. „Wie viele Vortragende Räte,“ so führte er aus, „sind da, die keine Ahnung hatten von unseren industriellen Interessen. Wie viele Minister sind da, die zu nächst den Fragen ratlos gegenüber stehen!“ Der Handelsminister Sydow hat es eilig gehabt, dieses absprechende Urteil eines Kenners über die Fähigkeiten der Minister durch die Tat zu beweisen.

Der Erlaß des Handelsministers hat natürlich in der Arbeitgeberpresse hellen Jubel ausgelöst; und diese Freude ist berechtigt. Erhalten doch die Arbeitgeberverbände in ihrem Kampf gegen die Arbeiter eine nicht unwesentliche Unterstützung. Ob allerdings die Hoffnungen, die auf den Beitritt der Zunungen zu den Arbeitgeberverbänden gesetzt werden, in Erfüllung gehen, ist eine andere Frage. Der

Erlaß des Handelsministers Sydow ist eine so offenkundige Parteinahme im Interesse der Unternehmer, daß sie die Arbeiter geradezu zum Protest herausfordert. Die Regierung gibt den Unternehmern das Recht, die Gewerbetreibenden in ihre Kampforganisationen zu zwingen. Die Gewerkschaften haben das gleiche Recht gegenüber den Arbeitern nicht; sie streben auch nicht danach. Aber der Zorn über das erlittene Unrecht muß und wird die Massen in die Gewerkschaften hineintreiben. Deshalb wollen auch wir unser Möglichstes tun, um diesen arbeiterfeindlichen Erlaß des preussischen Handelsministers in den weitesten Kreisen bekanntzumachen.

Laß dich nicht vergeblich an deine Pflicht ermahnen; werbe neue Mitglieder für den Verband! :: :: :: :: ::

Soziales.

Die Sozialpolitik im Reichstag.

Im Sommer ist der Reichstag geschlossen worden. Wenn er am 30. November wieder zusammentritt, befindet er sich vor einer ganz neuen Situation. Während nach einer Vertagung die Arbeiten an der Stelle wieder aufgenommen werden, wo sie unterbrochen worden waren, hat der Schluß der Session zur Folge, daß alle nicht vollendeten Arbeiten in den Papierkorb wandern. Es bleibt der Regierung überlassen, ob sie die bereits in Beratung gezogenen Gesetze wieder einbringen will, und ob sie die Entwürfe, die sie dem Reichstag vorlegt, in der ursprünglichen Fassung läßt, oder ob sie die Kommissionsarbeiten berücksichtigt.

Unter den unvollendet gebliebenen Gesetzentwürfen befinden sich auch einige, die für den Kurs der Sozialpolitik von nicht unwesentlicher Bedeutung sind. In der Presse der verschiedenen Parteien wird die Frage, ob sich die Reineinbringung der fraglichen Gesetzentwürfe empfiehlt, in sehr verschiedenartigem Sinne diskutiert. Ueber die Absichten der Regierung ist man vollständig im unklaren. Seit dem Schluß des Reichstags ist in der Befugung der hohen Reichsämtler ein bedeutender Wechsel vor sich gegangen. Es handelt sich dabei allerdings nur um einen Personenwechsel, und der neue Reichskanzler v. Bethmann Hollweg insbesondere hat ja in seiner seitherigen Stellung als Staatssekretär des Innern die Sozialpolitik zu vertreten gehabt. Aber außer dem Wechsel in der Regierung ist auch eine grundsätzliche Änderung in der Gruppierung der Parteien eingetreten. Der konservativ-liberale Block ist zerschmettert und es ist ein neuer Block der Konservativen und des Zentrums entstanden, der mit Hilfe einiger kleiner Fraktionen über eine Mehrheit im Reichstag verfügt. Ob und welchen Einfluß diese Veränderung auf den Fortgang der Sozialpolitik ausüben wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Von den Organen der Scharfmacher wird eine eifrige Propaganda dafür entfaltet, daß das Arbeitskammergesetz sowie die Gewerbeordnungs-Novelle nicht wieder eingebracht werden. In der Gewerbeordnungs-Novelle ist es insbesondere die von der Kommission beschlossene obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, die den Scharfmachern schwer im Magen liegt. Zu den Befugnissen der Ausschüsse soll es unter anderem gehören, die Anträge der Unternehmer auf Gewährung von Ueberstunden oder Sonntagsarbeit zu begutachten. Wenn sich der Arbeiterausschuß von der Notwendigkeit der geforderten Mehrarbeit nicht überzeugen kann, dann soll der Betriebsleiter verpflichtet sein, das Gutachten des Arbeiterausschusses seinem an die Behörden gerichteten Gesuch beizufügen. Diese den Arbeiterausschüssen eingeräumten Befugnisse haben den lodernden Zorn aller Scharfmacher erregt, die „Post“, die den ausschweifendsten Wüßlingen der Scharfmacher als Mundstück dient, ist ganz außer sich. Sie spricht den Arbeiterausschüssen die Fähigkeit ab, zu beurteilen, ob eine Arbeit dringend ist; das kann nur der Betriebsleiter. Dann malt sie das Gespenst des sozialdemokratischen Terrorismus an die Wand. In die obligatorischen Arbeiterausschüsse würden natürlich Sozialdemokraten hineingewählt werden, und diese würden, selbst wenn sie dazu fähig wären, es gar nicht wagen dürfen, ein ernsthaftes Gutachten abzugeben, da ja die Sozialdemokratie jede Ueberzeitarbeit grundsätzlich bekämpft. Es sei aber auch gar nicht notwendig, den Arbeiterausschüssen solche weitgehende Befugnisse einzuräumen. „Ist es doch heute schon für zahlreiche Betriebe schwierig genug, den Nachweis zu erbringen, daß die beantragten Ueberstunden oder die erbetene Erlaubnis zur Sonntagsarbeit dringlich ist.“ Die obligatorischen Fabrikausschüsse führen zum schrecklichsten der Schrecken für jedes brave Scharfmachergemüt: Zum konstitutionellen Fabrikbetrieb. Deshalb wird mit aller Entschiedenheit zum mindesten die Befestigung der obligatorischen Arbeiterausschüsse verlangt.

Wenn die Regierung sich entschließt, die Gewerbeordnungs-Novelle wieder, vorzulegen, dann wird sie diesen Wunsch sicherlich berücksichtigen. Das entschiedene Auftreten des Zentralverbandes der Industriellen und die Furcht, sich dessen Unterstützung bei den kommenden Wahlen zu verschmerzen, wird auch die bürgerlichen Parteien veranlassen,

in dieser Frage sehr vorsichtig zu operieren. Es ist deshalb äußerst zweifelhaft, ob die obligatorischen Arbeiterauskünfte in absehbarer Zeit gesetzlich eingeführt werden.

Das Arbeitskammergesetz hat im Reichstag eine viel freundlichere Aufnahme gefunden, als nach dem allseitig abfälligen Urteil, welches der Entwurf in der Öffentlichkeit erfahren hat, erwartet werden durfte. Die Reichstagskommission, welcher der Entwurf zur Vorberatung überwiesen war, hat ihre Arbeiten vor dem Sessionsschluss beendet. Die schärfsten Kämpfe wurden geführt über die Frage, ob Gewerkschaftsbeamte in die Arbeitskammern gewählt werden dürfen. Die Kommission hat diese Frage trotz des entschiedenen Widerspruchs der Regierung bejaht. Die Regierung hat jedoch erklärt, daß ein Gesetz mit dieser Bestimmung für sie unannehmbar sei. Man hat deshalb vielfach angenommen, daß auf die Wiedereinbringung des Arbeitskammergesetzes verzichtet werden würde. Neueren Nachrichten zufolge soll der Entwurf nun doch, und zwar unter teilweiser Berücksichtigung der Kommissionsbeschlüsse wieder eingebracht werden, natürlich unter Ausmerzung der Bestimmung über die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen.

Die Reichsversicherungsordnung hat dem Reichstag noch nicht vorgelegen. Es handelt sich hierbei bekanntlich um ein äußerst umfangreiches Werk, welches vom Reichsamt des Innern der öffentlichen Kritik unterbreitet wurde, dann aber im Bundesrat eine gründliche Umarbeitung erfahren haben soll, die noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Aus diesem Umstand und aus der Tatsache, daß die Winteression des Reichstags durch die Staatsberatung stark in Anspruch genommen wird, hat man geschlossen, daß die Reichsversicherungsordnung in dieser Tagung überhaupt noch nicht vorgelegt werden würde. Tatsächlich wird auch die Vorlage nicht sofort eingebracht werden; man rechnet aber damit, daß sie noch vor Ostern dem Reichstag zugehen wird. Die Reichsversicherungsordnung ist unter anderem dazu bestimmt, das im Volkstafel gegebene Versprechen der Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung einzulösen, die am 1. April 1910 in Kraft treten sollte. Man wird sich nun wohl mit einem Notgesetz behelfen, durch welches die fragliche Bestimmung außer Kraft gesetzt wird. Ist dieses Notgesetz erst unter Dach, dann hat die Erledigung der Reichsversicherungsordnung keine Eile mehr.

Besonders verheißungsvoll für die Sozialpolitik nimmt sich die beginnende Reichstagsession nicht aus, und es ist auch kaum zu erwarten, daß die für die Reichsfinanzreform verantwortlichen Parteien ihre an der arbeitenden Bevölkerung begangenen Sünden durch eine stärkere Forcierung der sozialen Gesetzgebung gut zu machen versuchen werden; es sprechen sogar manche Momente für das Gegenteil. Eine Verringerung dürfte erst eintreten, wenn bei der nächsten Wahl ein Reichstag zustande kommt, der den wahren Volkswillen besser zum Ausdruck bringt als der gegenwärtige.

Wozu städtische Rechtsauskunftsstellen gegründet werden, hat der Magistrat der Stadt Guben in aller Unschuld ausgeplaudert. In einem kürzlich herausgegebenen Bericht sagt er:

Die Errichtung einer städtischen Rechtsauskunftsstelle wurde zur Notwendigkeit, als das von der Sozialdemokratie hier errichtete Arbeitersekretariat aus seiner bisherigen Reserve heraustrat und Rechtsauskünfte nicht nur an organisierte Personen, sondern an alle Personen ohne Unterschied der politischen Gesinnung unentgeltlich erteilte, sowie auch die unentgeltliche Anfertigung von Schriftstücken jeglicher Art in allen Rechtsangelegenheiten übernahm. Hierunter wurden der Sozialdemokratie, die das Arbeitersekretariat großen Zuspruch hatte, neue Mitglieder zugeführt. Die Erweiterung des Arbeitersekretariates hatte ja auch nur den Zweck, zu der Stärkung der Sozialdemokratie beizutragen. Da die Arbeitersekretariate in vielen anderen Städten eine gleiche Tätigkeit entfalten, erschien es als eine dringende Pflicht der städtischen Verwaltungen, dieser Bewegung der Sozialdemokratie durch Errichtung von Rechtsauskunftsstellen entgegenzutreten.

Man kann dem Gubener Magistrat für seine Offenherzigkeit nur dankbar sein. Er verrät ja nichts, was man nicht schon vorher wußte. Es ist aber gut, wenn auch von amtlicher Seite bestätigt wird, daß die städtischen Rechtsauskunftsstellen nicht errichtet werden, um den unbemittelten Bevölkerungsklassen Rat und Rechtshilfe zu erteilen, sondern um der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber dann wundern sich die Herrschaften noch, wenn sich die Arbeitersekretariate einer steigenden Frequenz erfreuen, während die amtlichen Auskunftsstellen mit unbescholtenem Mißtrauen betrachtet werden.

Bauarbeiterjahrs in Bayern. Durch Erlass des bayerischen Verkehrsministers vom 22. November wird angeordnet, daß die Baukontrolle durch die von den Lokalbehörden angestellten Bauaufseher aus dem Arbeiterstande auch auf die Hochbauten und Abbrucharbeiten der Verkehrsverwaltung im Interesse des Schutzes der Arbeiter ausgedehnt wird. Zu diesem Zwecke sind alle Bauinspektionen angewiesen worden, die in ihren Bezirken auszuführenden Bauten der einschlägigen Baupolizeibehörde anzugeben und um Abordnung der Bauaufseher zu ersuchen. Die von solchen Bauaufsehern aus dem Arbeiterstande wahrgenommenen Mißstände sind unmittelbar an die bauleitende Inspektion zur Anzeige zu bringen, sofern deren Abstellung nicht sofort herbeigeführt werden kann.

Für die Sonneberger Spielwarenarbeiter. Wie schon im vorigen Jahre, so haben es auch diesmal wieder eine Anzahl Berliner Genossinnen übernommen, zu Weihnachten einen Verkauf von Spielwaren der Sonneberger Spielwarenarbeiter zu arrangieren. Eine Spielwarenausstellung wird am 5. Dezember im Berliner Gewerkschafts-

haus eröffnet und die Berliner Arbeiterschaft wird eingeladen, ihren Bedarf dort zu decken. Der Erlös wird unverzüglich den Verfertignern zugesandt. Ist es auch nur ein schwacher Versuch, die Not der Spielwaren-Heimarbeitern zu lindern, so verdient er doch die lebhafteste Unterstützung durch die organisierte Arbeiterschaft.

Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! In kritischen Zeiten, wie die gegenwärtige ist, ist pünktliche Beitragszahlung doppelt notwendig. :: :: :: ::

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 21. November Oggersheim 20 Pf., ab 1. Dezember Garburg 50 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 49. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Mit Schluß des Jahres 1909 sind die im Jahre 1902 ausgestellten Mitgliedsbücher aufgebraucht, das heißt, die Markennummern in denselben vollgeleert. Für diese Mitgliedsbücher werden Ersatzbücher ausgestellt. Die vollgeleerten Bücher müssen Ende Dezember von den Zahlstellenverwaltungen an die Hauptkasse eingesandt werden, worauf wir die betreffenden Mitglieder schon jetzt mit dem Ersuchen aufmerksam machen, die Beiträge bis Jahreschluß rechtzeitig zu entrichten und ihr Mitgliedsbuch alsdann an den Zahlstellenkassierer zur Ueberendung an die Hauptkasse abzuliefern. In den Zahlstellen selbst dürfen solche Ersatzbücher nicht ausgestellt werden. Um Porto zu sparen, empfehlen wir, die vollen Bücher in der Zahlstelle zu sammeln und jeweils in größerer Zahl als Kreuzband oder Paket an die Hauptkasse zu senden. Kreuzbandsendungen dürfen nicht über 1000 Gramm wiegen und müssen den Vermerk „Geschäftspapiere“ tragen. Alle Sendungen bitten wir gut zu schnüren, um Verluste von Mitgliedsbüchern zu vermeiden. In die Zahlstellenkassierer richten wir das dringende Ersuchen, nur solche Bücher einzusenden, welche vollständig in Ordnung sind. Die Marken müssen bis Jahreschluß gefleht, etwaige beitragsfreie Wochen müssen abgestempelt sein. Das Nationale des Mitglieds auf dem Titelblatt muß vollständig sein. Für Bücher, welche nicht vollkommen in Ordnung gebracht sind, können keine Ersatzbücher ausgestellt werden, so daß in erster Linie die Mitglieder selbst darauf bedacht sein sollten, daß ihr Buch bei der Uebergabe in Ordnung ist. Fehlende Marken müssen in jedem Falle nachgeliefert werden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 63275 Bruno Döfel, Tischler, geb. 18. 4. 83 zu Garschewitz.
- 63276 Karl Schinner, Bürstenmacher, geb. 21. 10. 71 zu Schmashau.
- 246751 Robert Jahn, Schornsteinfeger, geb. 21. 10. 70 zu Magrib.
- 260716 Otto Schmidt, Drechsler, geb. 21. 8. 87 zu Vernau.
- 266835 Otto Liebmann, Tischler, geb. 5. 7. 87 zu Luckenwalde.
- 268036 Alfred Meißner, Tischler, geb. 11. 3. 80 zu Nixdorf.
- 283645 Paul Uhlmann, Tischler, geb. 3. 7. 85 zu Kötha.
- 290892 Josef Huber, Tischler, geb. 24. 7. 48 zu Muffsch.
- 425565 Paul Preißner, Tischler, geb. 25. 1. 63 zu Meiß.
- 433927 Karl Gräter, Tischler, geb. 16. 10. 81 zu Camnutt.
- 451078 Hugo Weidhof, Tischler, geb. 17. 11. 90 zu Oberpöper.
- 454588 Georg Gombert, Drechsler, geb. 5. 2. 90 zu Essen an der Ruhr.
- 458589 Artur Wörner, Stuhlbauer, geb. 4. 11. 91 zu Sohndorf.
- 468538 Karl Küster, Tischler, geb. 25. 5. 68 zu Breslau.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Arnstadt i. Th. In der Binselfabrik von Ruge ist den Vorstanzrichtern pro Pfund Vorsten Zurücken 2 Pf. abgezogen worden. Der Unternehmer beruft sich auf die Konkurrenz, trotzdem andere Firmen mit gleichem Material und gleichen Verhältnissen auch kaum billiger arbeiten. Daß unter solchen Umständen auch die Preise für fertige Binsel niedrig werden, ist nach dem vorher Gesagten nur zu verständlich. So wurden für Kluppenpinsel noch vor zwei Jahren 75-80 Pf. gezahlt für das Duzend, jetzt nur noch 42 Pf. Der jetzige Abzug betrifft auch die Arbeiterinnen. Trotzdem in der Werkstätte verkürzt gearbeitet wird, gibt es für ein geringes Zuspätkommen gleich Strafe. Kann aber nicht weitergearbeitet werden, wird keine Entschädigung gezahlt. Es wäre wirklich an der Zeit, daß sich auch die Arbeiterinnen organisieren und im Deutschen Holzarbeiterverbande zusammenschließen würden, damit endlich diesen Ausbeutergelüsten ein Ende bereitet werden könnte. Gerade jetzt im Winter diesen Abzug, welcher doch sowieso erhöhte Anforderungen an die Arbeiter stellt. Sollen

in einem guten Geschäftsgange die Abzüge wieder zurückeroberet werden, dann müssen sich jetzt schon Arbeiter und Arbeiterin einig werden. Nur gemeinsam können wir zum Ziele gelangen.

Baden-Baden. Am 20. November fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Christianen-Stuttgart über die Aussperrung in Südwestdeutschland referierte. In der Diskussion wurden unter anderem die Vorgänge in der Villa Tanfani gestreift, wo die Firma Dieterle-Lichtenthal für die Weltfirma Schneider u. Hanau in Frankfurt Streikarbeit ausführte. Beschämend sei es, daß diese Arbeit gerade von Arbeitern ausgeführt wurde, die ehemals Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes waren und sich als Agitatoren auszeichneten. Wenn uns von den Indifferenten entgegengehalten wird, der Verband habe keinen Zweck, so beweise doch, daß in den Städten, wo eine feste und starke Organisation ist, die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Auch die Leistungen unserer Organisation für die Unterstützung Arbeitsloser wurden berührt und darauf hingewiesen, daß der Verband instand ist, auch in Friedenszeiten die Kollegen widerstandsfähig zu erhalten. Mein Staat bewilligt aus öffentlichen Mitteln eine Arbeitslosenunterstützung. Auch die vom Minister veranlaßte Besprechung über die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Baden hatte für die Arbeiter einen negativen Erfolg. Daraus müssen die Arbeiter die Konsequenz ziehen, daß sie sich aus eigener Kraft Selbsthilfe verschaffen. Mit einem Appell an die Indifferenten, sich der Organisation anzuschließen, und einer Mahnung an die Mitglieder, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Craillsheim. Nachdem schon seit einiger Zeit einige hiesige Kollegen der Zahlstelle Hall als Mitglieder angehöben, ist es uns in letzter Zeit gelungen, immer mehr Woden unter den hiesigen Kollegen zu gewinnen, so daß die Gründung einer Zahlstelle am hiesigen Ort nur noch eine Frage der Zeit sein kann, da wir zurzeit bereits 17 Mitglieder zählen. Zu diesem Resultat haben allerdings auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Speer u. Scheidl beigetragen, denn wenn jetzt den Arbeitern dieser Firma trotz der allgemeinen Teuerung noch ein Lohnabzug von 1 Pf. pro Stunde bei durchschnittlich 25 Pf. Stundenlohn gemacht wurde, so muß dies selbst den Gleichgültigsten darauf hinweisen, daß bei solchen Verhältnissen nur eine starke Organisationsverbesserung schaffen kann. In einer am 21. November stattgefundenen Holzarbeiterversammlung, in welcher Kollege Wengert-Stuttgart das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ behandelte, kam denn auch zur Sprache, daß die Firma die Organisation der Arbeiter bereits mit der Maßregelung unseres Vertrauensmannes beantwortet hat. Des weiteren wurde unserem Lokalwirt, welcher zugleich den Kantinenbetrieb in dieser Fabrik hatte, am Tage nach einer Werksattestammlung der Verkauf in der Kantine untersagt. Nun, wenn die Firma Speer u. Scheidl glaubt, mit diesem Vorgehen unserer Organisation wieder den Garaus zu machen, dann wird sie sich täuschen. Wir werden jetzt alles daran setzen, nun auch den letzten Sägereiarbeiter unserer Organisation zuzuführen, um mit deren Hilfe auch in Craillsheim menschenwürdige Zustände zu schaffen. Den Craillsheimer Holzarbeitern aber rufen wir zu: „Schließt Euch vollzählig unserer Organisation an und besucht pünktlich unsere Versammlungen, welche Euch noch besonders bekanntgegeben werden, dann werden auch hier bessere Verhältnisse zum Nutzen jedes einzelnen Kollegen geschaffen werden können.“

Danzig. Hirsch-Dunkersche Freiheit. In Nr. 41 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde von Insterburg berichtet, in welcher dümm-dreister Weise der Bezirksleiter des Gewerkschafts, Herr Wroczkowski aus Danzig, unsere Kollegen auf den Leim zu locken versuchte. Der Trick bestand darin, daß er die Kollegen durch Einladungszettel zu einer öffentlichen Versammlung einlud, dann aber, als unsere Kollegen den Versammlungsraum füllten, eine Gesellschaftsversammlung eröffnete, in der es eine freie Diskussion nicht gebe. Unsere Kollegen ließen sich natürlich nicht so leicht nasführen und verließen den Versammlungsraum, die acht Herren am Vorstandstisch sich allein überlassend. Volle sechs Wochen später findet Herr Wroczkowski das Wort zu einer Erwiderung, und zwar auf dem Umweg über Memel. Aus leichtgenannter Stadt bringt „Die Echo“ in ihrer Nr. 47 einen Bericht, der sich fast zur Hälfte mit meiner Person und der erwähnten Versammlung in Insterburg beschäftigt. Zu der Versammlung in Memel, die ebenfalls als öffentliche bekanntgemacht war, in der Wroczkowski über: „Die Belastung des Arbeiterhaushaltes durch die neuen Steuererlasse“ referieren sollte, waren auch ein Teil unserer Mitglieder sowie der Schreiber dieses erschienen. Vor Beginn der Versammlung ließ Herr Wroczkowski jedoch erklären, daß er mit mir nicht diskutiere, weil ich ihn in Insterburg so schwer beleidigt hätte, daß erst durch den Rabi die ramponierte „Ehre“ Wroczkowskis wiederhergestellt werden müsse. Unsere Kollegen verließen darauf selbstverständlich die Versammlung, wobei Herr Wroczkowski verschiedentlich von den Abziehenden als Feigling bezeichnet wurde. Der Bericht aus Memel selbst natürlich, daß die Gewerkschaftler von unseren Kollegen beschimpft wurden; dem Berichterstatter schenken wir diese kleine Verwechslung, ebenso die Behauptung von dem Fiesel. Wöfe Jungen behaupten übrigens, daß von Vorstandstisch mit befuselten Augen die Versammelten angesehen wurden und daß durch diesen Umstand auch die Behauptung von der recht „gut“ besuchten Versammlung (nach Abzug der roten Brüder verblieben ganze 23 Mann im Versammlungsraum) zustande gekommen sei, indem man die Anwesenden doppelt und dreifach zählte. In seinem Referat hat dann nach dem Bericht Herr Wroczkowski die Insterburger Vorgänge erzählt; danach soll der Bericht in Nr. 41 der „Holzarbeiter-Zeitung“ entstellt gewesen sein. Die Versammlung in Insterburg sei eine Mitgliederversammlung des Gefellenvereins gewesen, ein Mitglied des Vorstandes des Ortsvereins habe aber aus Versehen Handzettel zu einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung machen lassen. Als dies die anderen Vorstandsmitglieder erfahren hätten, seien keine Zettel mehr verteilt worden, sondern die Mit-

glieder des Gesellenvereins seien durch besondere Benach-
 richtigung eingeladen. — Sonderbar, von den besonders ein-
 geladenen Mitgliedern des Gesellenvereins, welche schon
 zum größten Teil dem Gewerverein angehören sollen,
 kommen, nebst einem Schneider und einem Maschinenbauer,
 der Werkführer einer Tischlerei und ganze vier Mann, um
 den Herrn Mroczkowski reden zu hören, während auf die
 aus Versehen nur in einer Werkstätte verteilten Einladungs-
 zettel zur öffentlichen Versammlung 35 Kollegen erscheinen;
 sonderbar aber auch, daß seitens der Einberufer eine volle
 Stunde, und zwar gerade solange mit der Eröffnung der
 Versammlung gewartet wurde, bis die zur Gesellenvereins-
 versammlung nicht eingeladenen, in den Versammlungs-
 raum einziehenden Besucher der öffentlichen Versammlung
 erscheinen. Diese Fabel von dem Versehen des einen Vor-
 standsmitgliedes ist noch weniger geschickt wie der ganze
 Trick an sich. Mit welcher Dreifigkeit aber darauffolgender
 wird, beweist die folgende Behauptung des Herrn Mrocz-
 kowski, der Lokalbeamte des Holzarbeiterverbandes aus
 Königsberg, Kollege Masutt, sei erschienen, habe aber an
 seinen sachlichen Ausführungen keine Kritik üben können.
 Unser Freund Wilhelm aus Königsberg wird sich gewiß
 wundern, wenn er erfährt, daß er am 25. September in
 einer Gesellenversammlung in Insterburg war. — Noch
 dreister und frecher aber ist die Behauptung, ich hätte in
 Insterburg schon einmal eine verdiente Tracht bekommen.
 Ich muß gestehen, daß ich beim Lesen des Berichtes in der
 „Eiche“ eine gewisse Bewunderung für dieses Lügendie
 empfunden habe, es wird wohl kaum ein zweiter gefunden
 werden, der, ohne zu erröten, so zu lügen versteht wie dieser
 Mensch, dabei aber dann noch die Frechheit besitzt, in seinen
 Einleitungsworten zu erklären, daß im öffentlichen Leben
 Anstand die erste Grundbedingung sei, die man natürlich
 von den Führern zuerst verlangen müsse. — „Resuit“ —
 bezüchtigt ihn vielfach die Kollegen hier im Osten. In
 Gedächtnis aber will ich Ihnen rufen, Herr Mroczkowski,
 ich hatte nicht die Tür hinter mir, als ich Ihnen sagte,
 Sie können mich verklagen, sondern ich stand bei Ihnen am
 Tisch, als ich auf Ihre Frage Ihnen nochmals erklärte, daß
 Sie in meinen Augen der größte Strolch seien. Ich stand
 sogar so nahe bei Ihnen, daß ich Sie ganz bequem hätte
 ohrfeigen können, wie es sich eigentlich gehört hätte. Ja,
 ich kann es Ihnen verraten, daß Sie es eigentlich mir zu
 verdanken haben, daß Sie an diesem Abend nicht die rechtlich
 verdiente Tracht, die Sie mir angedichtet haben, in Wirk-
 lichkeit erhielten. Selbstverständlich werde ich jederzeit trotz
 Ihrer Lügen davon abraten, daß man sich an Ihnen die
 Hände beschmutzt. Für jeden, der diesen Menschen kennt,
 sieht es fest, daß man in Insterburg kein Versehen beging,
 sondern man suchte die Kollegen des Holzarbeiterverbandes
 durch die Einladung zur öffentlichen Holzarbeiterversam-
 lung zum Besuch der Versammlung zu verleiten; als man
 jedoch sah, daß auch ich anwesend war, suchte man eine
 Auseinandersetzung dadurch zu umgehen, daß man sich auf
 den Gesellenverein zurückzog. Auch in Memel mußte Herr
 Mroczkowski fürchten, daß ich Dinge zur Sprache bringe,
 die ihm unangenehm sind. Darum mußte auch hier unter
 allen Umständen vermieden werden, daß ich zum Wort
 komme. Zum Schluß kann ich jedoch erklären, daß ein
 Mensch wie der Bezirksleiter des Gewervereins Mrocz-
 kowski aus Danzig, der wiederholt, unter anderem bei der
 Lohnbewegung in Hohenholm bei Bromberg 1907 und im
 verfloffenen Sommer bei der Lohnbewegung auf der
 Schiffsbauwerft in Danzig, den gemeinsten Verrat verübte,
 der ferner solche beispiellose Mauten im Lügen besitzt, wie
 er sie in Insterburg und Memel und ferner in Nr. 47 der
 „Eiche“ bewiesen hat, sich vorzüglich als Hiesch-Dunderscher
 Bezirksleiter und Agitator eignet. Aug. Siefelb.

Eisenach. Hier scheinen die Kollegen bei den Klein-
 meistern ganz vergessen zu haben, welche bedeutenden Vor-
 teile ihnen der Verband gebracht hat. Bei der bevorstehen-
 den großen Tarifbewegung in Deutschland sollten endlich
 auch die hiesigen Kollegen ihre Schlafmüdigkeit ablegen.
 Jetzt kommt's auf jeden Mann an. Da wir nun in diesem
 Winter wieder in eine allgemeine Agitation eintreten und
 für die Eisenacher Kollegen noch ein großes Stück Arbeit
 zu leisten ist, so rechnen wir auf die Unterstützung aller
 Kollegen. Zur Einleitung der Agitation wird am Son-
 tag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Gasthof
 zum fröhlichen Mann“ eine öffentliche Holzarbeiterver-
 sammlung stattfinden. Kollege Artelt aus Erfurt wird
 über: „Die Entwicklung der Tarifverträge“ sprechen. Da-
 rum rufen wir den Kollegen noch einmal von ganzem
 Herzen zu, der Ortsverwaltung fernerhin treu zur Seite
 zu stehen und mitzuhelfen an dem großen Werk zur Be-
 freiung der unterdrückten Arbeiterklasse.

Freiburg i. Schl. Die am 21. November abgehaltene
 Mitgliederversammlung, in welcher Kollege Seibold-Wres-
 lau referierte, war ziemlich gut besucht. Es scheint doch,
 als ob seit der in diesem Herbst günstig abgegangenen
 Lohnbewegung ein anderer Geist in die Kollegen gefahren
 sei. Wir wollen hoffen, daß dem so ist. Nur in diesem Fall
 kann das Gewonnene erhalten und neues hinzu erobert
 werden. Mit dem Resultat der letzten Lohnbewegung
 können wir doch, in Anbetracht der vielen noch unorgani-
 sierten Kollegen, zufrieden sein. Diese letzteren hängen sich
 wie ein Bleigewicht an unsere Herzen und erschweren uns
 jede freie Entwicklung. Kollegen! Ihr könnt nicht länger
 stillschweigend zusehen, wie jene, die doch alle die Vorteile,
 welche ihr erlangen, mit einheimischen, auch hinter dem
 Rücken schamlos verhöhnen. Ein jeder von euch sei ein
 Agitator und Sorge dafür, daß derartige Freibeuterei end-
 lich einmal aufhört. Allen denjenigen jedoch, welche sich
 prinzipiell gegen jegliche Annäherung hartnäckig ver-
 schließen, ja sich sogar jede Annäherung verbitten, treffe die
 volle Verachtung aller gutgesinnten Kollegen. „Denn wer
 nicht mit uns ist, der ist gegen uns.“

Glückbeck. Die Kollegen von hier, Buer und den um-
 liegenden Orten gehörten seither den Zahlstellen Essen und
 Welfentirchen als Mitglieder an. In einer gemeinsamen
 Versammlung am 21. November wurde nach einem infor-
 mierenden Vortrage des Gauborstehers Meher unter Zu-
 stimmung der beteiligten Ortsverwaltungen die Gründung
 einer eigenen Zahlstelle beschlossen. Es ist nun Aufgabe
 und Pflicht eines jeden Kollegen, die neue Zahlstelle durch
 Zuführung neuer Mitglieder zu fördern und zu stärken,
 denn das zu beackernde Arbeitsfeld hier am Eingange des

Münsterlandes ist sehr groß und bedarf es der Mithilfe
 eines jeden Kollegen. Wenn diese mit dem Mute an die
 Arbeit gehen, den sie in der Versammlung an den Tag
 gelegt haben, so wird der Erfolg nicht ausbleiben. Zum
 Bevollmächtigten wurde Kollege S. Stratmann gewählt. Die
 Versammlungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat,
 nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Röder, Kaiser-
 straße 58, statt.

Hannover. Die Vertragskündigung, welche am 11. No-
 vember vom Arbeitgeberschutzverband einging, trotzdem
 unser Vertrag bis 1. April 1910 mit vierteljährlicher Kündi-
 gung läuft, hat „Leben in die Hude gebracht“. Dieses
 zeigte sich so recht in unserer außerordentlichen Generalver-
 sammlung vom 24. November, die sich mit der Kündigung
 unseres Vertrages von seiten des Arbeitgeberschutzverbandes
 und dessen Angebot beschäftigte. In hellen Säulen kamen
 die Kollegen zusammengeströmt. Als nun vollends die Ver-
 waltung berichtete, daß die Arbeitgeber in der ersten
 Verhandlung erklärt hatten, daß an eine Verkürzung der
 Arbeitszeit oder an Lohnerböschung nicht zu denken sei und
 daß das bestehende Obligatorium des Arbeitsnachweises
 fallen müsse, löste dies einen Sturm der Entrüstung aus.
 Außerdem wünschten die Arbeitgeber die Verlegung des
 Arbeitsnachweises nach einem städtischen Gebäude und eine
 Regelung des Bauaufschlages dahin, daß ein solcher für
 Anbringen und Umändern von Heizkörpern nicht mehr
 gezahlt werden soll. Für Verschlechterungen der bestehen-
 den Verhältnisse sind natürlich die hiesigen Kollegen nicht zu
 haben, um so weniger, als es unorganisierte Tischler hier
 kaum gibt. Wenn die Arbeitgeber ihre Friedensliebe so
 auffassen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sich jetzt schon
 eine Kampfesstimmung geltend macht. Die von 1500 Mit-
 gliedern besuchte Versammlung erklärte das Angebot
 unserer Arbeitgeber angesichts der ständig steigenden Preise
 der Lebensbedürfnisse als undiskutabel und beauftragte
 die Verhandlungskommission, unter allen Umständen an der
 jetzigen Form des Arbeitsnachweises festzuhalten. Eine
 weitere Resolution fordert die Ortsverwaltung auf, die
 nötigen Schritte zur Erhebung von Extrabeit-
 trägen vorzubereiten, um den Kampffonds zu stärken.
 Die hiesigen Kollegen werden auch bei dieser aufgezwungen-
 en Bewegung ihre Rechte zu wahren wissen.

~~~~~

**Kollegen! Besucht regelmäßig die  
 Versammlungen! :: :: :: :: :: :: :: ::**

~~~~~

Rassau i. P. In unserer Zahlstelle spielen sich zurzeit
 recht unerfreuliche Vorgänge ab. Es besteht eine Uneinig-
 keit unter den Kollegen, durch welche für unsere Zahlstelle
 sehr schlimme Folgen entstehen können. Schon seit län-
 gerer Zeit wird von vielen Kollegen unser bestehender
 und schwer erungener Tarif nicht gehalten. So glänzende Zu-
 stände bestehen aber wirklich nicht am Orte, daß wir in
 unseren Reiben Gleichgültigkeit einreißten lassen dürften.
 So machen zum Beispiel viele Kollegen aus unseren zehn-
 stündigen einen zwölf- bis fünfzehnstündigen Arbeitstag,
 und das in einer Zeit, wo fast täglich arbeitslose Kollegen
 durch unseren Ort ziehen, denen man ansieht, wie sie von
 der bitteren Not, freieren und hungerrnd von Ort getrieben
 werden. Wo bleibt dann da das Gefühl der Solidarität
 der Kollegen? Kollegen, wenn Euch Not und Glend
 dazu zwingt, die Nacht zu arbeiten, so versucht durch Einig-
 keit und durch christlichen Kampf Eure Lage zu verbessern,
 denn nur durch den engen Zusammenschluß und durch die
 treue Hingabe an unseren Verband ist es möglich, uns aus
 der Not und dem Glend zu befreien. „Nur der verdient
 die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“
 Darum Kollegen, befolgt alle den Beschluß, den unsere
 außerordentliche Mitgliederversammlung am 15. November
 mit der 1. und 2. Resolution angenommen hat.
 „In jedem Punkte einheitlich: frei mit jeder nicht nach un-
 serem Tarif abgemachte Ueberstunde. Wie uneinig die
 Kollegen sind, zeigt sehr die verwerfliche Denunziation
 einzelner Kollegen. Kaum wurde in der Fabrik ein Zirkulär,
 welches die Kollegen zum Besuch der Versammlung
 aufforderte, ausgehängt, so wurde der betreffende Kol-
 lege auch schon vom Meister angerepelt und als Schrif-
 tenverteiler gebrandmarkt. Gegen dieses schamlose Spitzel-
 wesen und diese Liebedienerei muß ganz energisch Front
 gemacht werden. Darum Kollegen, seid Euch Eurer
 Manneswürde bewußt und erscheint Mann für Mann in
 unserer Versammlung; helft mit beraten, wie wir unsere
 Lage verbessern können. Seid eingedenk des Mahnrufs:
 „Erlahmt nicht in der Aufklärungsarbeit!“ Danach zu
 handeln, ist Pflicht eines jeden Kollegen. Denn nicht durch
 blinden Haß, sondern nur durch unablässige Belehrung
 wird der Indifferentismus beseitigt werden und die Ar-
 beiterklasse zur wirklichen Macht gelangen.

Reine. Am 27. November referierte hier in einer gut
 besuchten Mitgliederversammlung Kollege Verbe aus Han-
 nover über: „Die Kündigung von über 50 Tarifverträgen
 durch den Arbeitgeberschutzverband“. Allgemein herrschte die
 Ueberzeugung, daß das beste Mittel, um den kommenden
 Ereignissen mit Ruhe entgegenzusehen zu können, sei, jetzt die
 Organisation und deren Waffen nach Möglichkeit zu stärken.
 Die Diskussion lang denn auch in einer Resolution aus,
 in der die Reiner Holzarbeiter den 40 000 in eine Tarif-
 bewegung gezogenen Kollegen ihre Solidarität versichern
 und den Verbandsvorstand zu Vorschlägen zwecks Erhebung
 von Extrabeiträgen auffordern.

Radolfzell. Am 21. November fand hier eine öffent-
 liche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher unser Gau-
 vorsteher, Kollege Raub, einen sehr lehrreichen Vortrag
 hielt; er sprach über die Kämpfe in Rheinland-Westfalen
 und über die Tarifbewegung in Südwest-Deutschland. Er
 erörterte die Aussperrungsgelüste der Unternehmer und
 bezeichnete es als sehr notwendig, daß sich die Kollegen
 in hiesiger Gegend der Organisation anschließen. Es
 stehen uns noch schwere Kämpfe bevor und wir können nur
 widerstehen durch Einigkeit. Die Verhältnisse in Bezug
 auf Lohn und Arbeitszeit sind hier noch sehr im Rückstand.
 Er forderte die Kollegen auf, fest zu agitieren, daß unsere

Zahlstelle einen anderen Aufschwung bekommt, als wie
 sie bis jetzt hatte. Leider war die Versammlung nicht so
 besucht, wie es zu wünschen gewesen wäre. Ein Unorgani-
 sierter, der erschienen war, ließ sich in den Verband auf-
 nehmen.

Rosenheim. Wie vielleicht in manch anderem Orte
 Deutschlands, haben auch uns die Steuerreformmacher
 einen großen Dienst erwiesen. Denn wo es früher trotz
 eifriger Agitation nicht möglich war, den Kollegen den
 Organisationsgedanken beizubringen, haben wir nun
 leichtes Spiel. Und gerade die am schlechtest bezahlten
 Kollegen, besonders in der Sägerbranche, sind es, welche nun
 als letztes Mittel, um sich zu wehren, zur Organisation
 greifen. Waren es auch anfangs nur wenige Säger
 bei der Firma Steinbeis u. Co., die sich dem Deutschen
 Holzarbeiterverband anschlossen, so wurden dieselben durch
 unermüdete Agitation bald vermehrt, so daß wir eine
 Sektion der Säger gründen konnten. Am Sonntag, den
 21. November, hielt unser Bevollmächtigter, Kollege
 Schreibmeier, einen Vortrag über das Thema: „Was
 bringt uns das Jahr 1910?“ Er schilderte den Werdegang
 unseres Verbandes, das Steigen der Löhne von Jahr zu
 Jahr dort, wo eine straffe Organisation vorhanden, ferner
 die seit Jahren sich gleich bleibenden Löhne in jenen Gegen-
 den, wo keine oder doch nur schwache Organisationsanfänge
 vorhanden sind, und ging dann über zum kommenden Jahr.
 Nur durch eiserne Zusammenhalten sei es möglich, der
 Schlag, den die ebenfalls organisierten Arbeitgeber gegen
 uns führen wollen, abzuwehren. Reicher Beifall ward
 dem Redner für seine Ausführungen zuteil. 5 Neuauf-
 nahmen das Resultat. Holzarbeiter Rosenheims! Dies
 war eine Sägerversammlung und auch nur Säger waren,
 mit wenigen Ausnahmen, anwesend. Wir können den
 Schreibern nur empfehlen, es den Sägern gleichzumachen,
 zu den Versammlungen zu gehen, denn nur wenn man
 selber Interesse zeigt, ist man imstande, auch anderen
 Interesse für den Verband beizubringen. Alle notorischen
 Versammlungschwänzer geht dies an, laßt endlich mal
 die Laune bleiben, kritisiert nicht am Viertisch, sondern
 in der Versammlung ist Zeit und Platz dazu. Wir haben
 alle Ursache, unsere Lage zu besprechen, denn unsere Stadt
 heißt wohl Rosenheim, doch rosig sind unsere Verhältnisse
 keineswegs. — Am Sonntag, den 5. Dezember (nicht am
 12., wie es ursprünglich geplant war), findet im Saubräu-
 saale, hintere Abteilung, eine allgemeine Holzarbeiter-
 versammlung statt. Kollege Pleininger-München wird über
 „Christliche Gewerkschaftler als Verteidiger der Lebens-
 mittelverteuerung“ sprechen. In dieser Versammlung muß
 aber auch jeder Kollege anwesend sein. Beginn der Ver-
 sammlung ist vormittags 10 Uhr. Für Brannenburg findet
 nachmittags 3 Uhr eine Versammlung mit gleichem Thema
 und Referenten statt. Kollegen, agitiere jeder für guten
 Besuch beider Versammlungen.

Sterbefälle.

Jakob Schube, Schreiner, geb. 21. Dezember 1858
 zu Bönningheim, gest. 9. Oktober 1909 zu Ludwigs-
 hafem.

August Herrmann, Schreiner, geb. 29. September
 1853 zu Eschenbach, gest. 15. November 1909 zu Mün-
 berg.

Emil Heinemann, Polierer, geb. 4. Oktober 1862
 zu Bieslar, gest. 11. November 1909 zu Leipzig.

Franz Agner, geb. zu Bönnichsdorf, gest. 17. Ok-
 tober 1909 zu Darmstadt.

Richard Scherf, Holzschneider, geb. 2. Mai 1878 zu
 Schleiz, gest. 4. August 1909 zu Bad Nauheim.

Paul Kirsch, Stellmacher, geb. 29. Dezember 1878
 zu Jauer, gest. 24. September 1909 zu Liegnitz.

Karl Weidt, Tischler, geb. 8. August 1854 zu
 Giesenbrügge, gest. 21. Oktober 1909 zu Altenburg
 (S.-A.)

Konrad Ulf, Pinselmacher, geb. 20. Dezember
 1879 zu Nürnberg, gest. 24. Oktober 1909 ebenda.

Bodeslaus Nowakowski, Korbmacher, geb.
 30. Juni 1857 zu Schelejewka, gest. 22. Oktober 1909 zu
 Gesehacht.

Georg Müller, Holzarbeiter, geb. 13. Februar
 1864 zu Ornbau, gest. 24. Oktober 1909 zu Nürnberg.

Bruno Seifert, Tischler, geb. 11. Juli 1869 zu
 Osterfeld, gest. 19. September 1909 zu Frankenberg.

Albert Kommet, Schreiner, geb. 7. Dezember
 1884 zu Grünbach, gest. 20. September 1909 zu Stuit-
 gart.

Louis Riethmann, Partettler, geb. 6. August
 1838 zu Spillingen, gest. 8. Oktober 1909 zu Stuttgart.

Job. Mager, Maschinist, geb. 1. Juli 1858 zu
 Niederprieß, gest. 19. Oktober 1909 zu München.

Franz Erb, Partettler, geb. 14. Juli 1861 zu
 München, gest. 11. November 1909 ebenda.

Albert Raminke, Drechsler, geb. 3. September
 1883 zu Leipzig, gest. 5. November 1909 ebenda.

H. Adernann, Pianoforteschleifer, geb. 24. De-
 zember 1868, zu Leipzig, gest. 28. Oktober 1909 ebenda.

Gustav Mähling, Tischler, geb. 18. Dezember
 1860 zu Berlin, gest. 29. Oktober 1909 zu Zehlendorf.

Ferdinand Alex, Polierer, geb. 14. März 1863
 zu Düsseldorf, gest. 14. Oktober 1909 zu Bonn a. Rh.

Siegmund Raub, Pinselmacher, geb. 10. März
 1871 zu Nürnberg, gest. 9. November 1909 ebenda.

Richard Müller, geb. 27. Februar 1862, gest.
 10. November 1909 zu Weimar.

Ehrem Andenken!
 Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Berlin befinden sich die Kollegen in der Berlmutt-
 und Anopffabrik Hünge im Streit. Herr Hünge hat unter
 Bruch des von ihm anerkannten Vertrages versucht, die
 Löhne um 15 Proz. zu reduzieren. Daneben ist er aber
 auch sonst bemüht, das Arbeitsverhältnis zu verschlechtern.
 Ein raffiniertes Kontrollsystem wurde eingeführt, zu dem
 Zweck, die Arbeitsleistung zu reduzieren. Mit großer Rigoro-
 sität werden Geldstrafen verhängt, selbst solche Kollegen,
 die den Arzt aufgesucht und sich mit dieser Begründung
 entschuldigt hatten, wurden in Strafe genommen. Ueber

den Verbleib der Strafgelehrten ist aber den Kollegen nichts bekannt geworden. In letzter Zeit ist es sogar vorgekommen, daß Kollegen genötigt waren, ihren verdienten Lohn einzulagern. Der Werksattausch, der bei Herrn Ginge vorstellig wurde, wurde zurückgewiesen und auch das Eingreifen des Verbandsvertreeters führte zu keinem Erfolg, so daß die Kollegen gezwungen waren, die Arbeit einzustellen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Höchst a. M. kündigten die Möbelfabrikanten Ende August den Vertrag mit der Motivierung, daß derselbe einiger Änderungen bedürfe, und der mündlichen Zusicherung ihren Arbeitern gegenüber, daß unter keinen Umständen Verschlechterungen eintreten sollen. Nach 4 Wochen wurde ein neuer Tarif vorgelegt, welcher wohl Änderungen enthielt, die jedoch für uns nicht annehmbar waren. Nachdem nun in vier weiteren Wochen der Akkordtarif so zugestimmt war, daß wir schließlich damit einverstanden sein konnten, gelangte man zur Beratung des eigentlichen Arbeitsvertrages. Hier verlangten wir präzisere Fassung der Obliegenheiten der Schlichtungskommission, ähnlich wie im Berliner Vertrag, sowie während der Vertragsdauer eine prozentuale Erhöhung der Akkordpreise um 5 resp. 6 Proz.; der Löhne der Lohnarbeiter um 5 Proz., Verkürzung der Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden wöchentlich, und, weil wir unsere Pappenheimer kennen, die Einfügung einer Bestimmung, welche besagt, daß in den Betrieben, die bis jetzt höhere Preise zahlen, dieselben auch während der neuen Vertragsdauer weiter zu zahlen sind. Letzteres ergibt sich aus den Eigenheiten der einzelnen Betriebe. Das gibt's unter keinen Umständen, erklärte pathetisch Herr Köhler, 2 Proz. wollen wir zahlen für Kastenmöbel, ausgenommen dreikürige Schränke. Dann nach langem Hin und Her auch 2 Proz. für Betten, endlich 3 Proz. für letztere. Unsere Lohnarbeiter berücksichtigen wir sowieso stets wohlwollend, hieß es weiter. Arbeitszeitverkürzung unter keinen Umständen. Einfügung der oben erwähnten Bestimmung unter keinen Umständen. In Anbetracht der Verhältnisse erklärte sich nun eine Versammlung unserer Mitglieder mit so ziemlich allen Verschlechterungen und Verbesserungen des Tarifs und Vertrags einverstanden, verlangte aber unbedingt die Einfügung der erwähnten Bestimmung in den Vertrag, wogegen sie die Festsetzung der Arbeitszeit einem Schiedsgericht überwies. Als auch jetzt noch die Arbeitgeber erklärten, die beiden letztgenannten Punkte abzulehnen zu müssen, unterzeichneten wir den Vertrag nicht, und die Folge war, die Fabrikanten warfen unsere Kollegen brutalerweise aufs Pflaster. Ausgesperrt sind bis jetzt 255 Kollegen aus 9 Betrieben, darunter etwa 80 im christlichen Verbande organisierte. 4 Betriebe, welche Mitglieder des Schutzverbandes sind, haben nicht ausgesperrt. Die Unternehmer machen nun die verzweifeltsten Anstrengungen, um Streikbrecher herbeizulocken. Eisenbahnportiers machen die Agenten usw. Wir appellieren an die Kollegen im ganzen Reich, zu verhüten, daß es den Unternehmern gelingt, ihre Absicht durchzusetzen. Brutaler ist wohl noch keine Aussperrung in unserem Verufe vorgenommen worden. Erst erklärt man pathetisch: Verschlechterungen führen wir nicht ein, und hinternach verweigert man die Einfügung einer entsprechenden Bestimmung in den Vertrag.

In Ludenwabe dauert der Streik unverändert fort. Leider kommen trotz der Sperre ab und zu selbst organisierte Arbeiter auf die Insekte der Unternehmer hin nach hier. Es muß doch jeden Kollegen, selbst wenn er bedauerlicherweise die Holzarbeiterzeitung nicht liest, vor den Kopf stoßen, daß eine ganze Zahl Tischler und Drechsler in einer Fabrik verbannt werden. Wir bitten deshalb alle Zahlstellenkassierer, die Reisenden auf den hiesigen Streik aufmerksam zu machen. Insbesondere möchte ein Teil der Unternehmer wohl gern bewilligen, wird aber von den kapitalstärkeren, die oben drein einige Klausen haben, davon abgehalten. Ein Herr Noack, früher einmal tätiges Verbandsmitglied, heute Gesellschafter der Möbelfabrik Löwe u. Cie., zeichnet sich in der Bekämpfung unserer Streikposten besonders aus. Häufig werden wachen wegen angeblicher Verletzung der Anstandsregeln zur Polizei beordert. Doch erschüttert dies den Mut der Streikenden nicht im geringsten. Zugang ist für alle Holzarbeiter auch fernerhin abzuhalten.

In Salzkufen stehen die Zimmerer schon seit längerer Zeit im Streik. Die Unternehmer wollen sich auf eine Einigung nicht einlassen, sondern machen alle Anstrengungen, Arbeitswillige zu angeln. Sie versuchen es dabei auch bei den Bauschülern. An der Solidarität der Arbeiter muß dieses Bestreben aber scheitern, kein Tischler darf den streikenden Genossen in den Rücken fallen. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

In Schweningen dauert der Streik bei Lauffer immer noch an. Vergebens wartete die Firma darauf, aus den Reihen der Streikenden Vorbrüchige zu finden, das Gegenteil traf ein. Vor vier Wochen schlossen sich noch drei der aufwärts stehenden Schreiner dem Ausstand an. Da gerade diese zu den besten Arbeitskräften zählten, schien selbst Herr Fr. Lauffer, der sich durch besondere Starrköpfigkeit auszeichnet, zum Nachgeben bereit zu sein. Die eingeleiteten Unterhandlungen wurden jedoch wieder hintertrieben. Anscheinend bestärken die übrigen Fabrikanten die Firma in ihrem Widerstand. Oder glaubt die Firma uns vorkaufend zu können, daß sie durch Einstellen einiger Dauernkräfte genügend Ersatz für die gelehrten Schreiner hat? Es ist nur eine Frage, wie lange die Kundschaft, die an solide Arbeit gewöhnt war, mit den jetzigen Fabrikanten zufrieden ist. Die Staatsanwaltschaft Rottweil ist jetzt den von der Firma Lauffer eingelieferten Anzeigen gegenüber etwas vorsichtiger geworden. Vielleicht hat die großartig verlaufene Protestversammlung dazu beigetragen, in welcher Redakteur Westmeyer-Stuttgart über das Thema sprach: „§ 153 der Gewerbeordnung, das Stredenpferd der Massenjustiz“.

Ausland.

In Gallun (Nordfrankreich) ist ein größerer Streik ausgebrochen. In dieser Gegend werden in der Hauptache einfache Stühle hergestellt. Die Stühle werden mit Strohflecht bezogen; die Strohflechterei wird zum größten Teile von Frauen betrieben. Diese Arbeit ist sehr gering bezahlt. Die Arbeiterinnen, die zum Teil organisiert sind, erheben die Forderung, die Löhne bezw. Weife angemessen zu erhöhen. Diese Forderung wurde aber von

den Arbeitgebern abgelehnt, worauf die Arbeiterinnen in den Streik eintraten. Da dieser Streik nach kurzer Zeit eine vollständige Lahmlegung der ganzen Industrie nach sich ziehen mußte, so zogen es die Stuhlbauer vor, ebenfalls in den Streik zu treten. Ungefähr 300 Arbeiterinnen und Arbeiter sind daran beteiligt, wovon zirka 200 organisiert sind.

Aus der Holzindustrie.

Ein Veteran der Holzarbeiterbewegung.

Am 1. Dezember feiert unser Kollege, der Tischler Wilhelm Schmiß in Berlin, seinen achtzigsten Geburtstag. Der alte „Lukas“, wie er in Kollegenkreisen genannt wird, ist unter den Berliner Kollegen eine sehr bekannte Person, und er erfreut sich mit Recht allgemeiner Achtung und Sympathie. Wilhelm Schmiß war in früheren Jahren ein namhafter Führer der Berliner Tischlerorganisation; er war der Leiter des großen Streiks, den die Berliner Tischler im Jahre 1871 ausgetrieben haben. Der Erste deutsche Tischlerkongress, auf welchem die Gründung des „Allgemeinen Tischler- (Schreiner-) Vereins“ erfolgte, wurde am 6. Oktober 1872 in Berlin von Schmiß eröffnet, der dort mit einigen anderen Kollegen als Delegierter von 10 000 Berliner Tischlern erschienen war. In den Vorstand des neuen Vereins wurde damals unser „Lukas“ als zweiter Vorsitzender gewählt. Kollege Schmiß hat dann lange Jahre im Vordergrund der Tischlerbewegung gestanden, bis ihm das zunehmende Alter zwang, von der leitenden Stellung zurückzutreten. Er hat aber auch fernerhin, in Reih und Glied stehend, seine Organisationspflichten im vollen Maße erfüllt und ist den jüngeren Kollegen stets mit gutem Beispiel vorangegangen. Bis vor wenigen Jahren hat er noch praktisch als Parteilager gearbeitet, jetzt ist er infolge körperlicher Gebrechen nicht mehr imstande, seinen Beruf auszuüben.

Auch wir bringen dem alten Kollegen zu seinem achtzigsten Geburtstag unseren herzlichsten Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihm noch ein langer, heiterer Lebensabend beschieden sein möge.

Sind Verbandszahlstellen steuerpflichtig? Auf der Steuerfrage befinden sich wieder einmal sächsische Behörden. Schon vor Jahren hatte man im Lande des „Blumenhaffees“ den Versuch gemacht, die Gewerkschaftsorganisationen steuerpflichtig zu machen. Diese Versuche sind zwar immer gescheitert, das hindert aber anscheinend nicht an der Wiederholung. So hat jetzt die königliche Bezirkssteuerbehörde in Plauen die Frage an unseren dortigen Bevollmächtigten gerichtet, ob der Verband zinsbar angelegtes Vermögen besitze und worin dasselbe bestehe. Wir meinen, die königlichen sächsischen Steuerbehörden könnten darauf verzichten, daß ihnen zum soundsoboielten Male vorgerechnet wird, daß die gewerkschaftlichen Organisationen Vermögen überhaupt nicht besitzen und die in ihrem Gewahrsam befindlichen Kassenbestände zur Auszahlung der statutarischen Unterstützungen bestimmt sind, sie können heute vorhanden und morgen wie Schnee an der Sonne zerfallen sein. Dazu kommt noch, daß diese vorerwähnten Kassenbestände auch nicht etwa den einzelnen Zahlstellen gehören, die sie in Verwaltung haben, sondern alle Mittel gehören dem Gesamtverband, der in Berlin seinen Sitz hat und dessen eventuelles Vermögen den sächsischen Behörden gar nichts angeht.

Neu! Nütz! bis Sie Ihre eigene Urtat! : : : :

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ war die Lage der Holzindustrie im Monat Oktober sehr verschiedenartig. Die Bauschüler hatten verhältnismäßig gut zu tun, etwas ungünstiger war der Geschäftszustand in den Jalousie- und Holzpflasterbetrieben. Dagegen hatten die Kistenfabriken mehr zu tun, da die Herbstmonate erfahrungsgemäß die Hauptlieferungszeit für diese Industrie darstellen. Die Berliner Möbelindustrie verzeichnet eine erhebliche Verschlechterung gegenüber dem Vormonat, die damals berichtete Besserung hat nicht angehalten. Die süddeutschen Möbelbetriebe waren nach einem Berichte des Verbandes süddeutscher Holzindustrieller sehr ungleichmäßig beschäftigt, im allgemeinen war der Geschäftsgang schwächer als im Vorjahre. In der Rohwarenindustrie war der Geschäftsgang ebenfalls sehr ungleichmäßig, immerhin erhöhte das beginnende Weihnachtsgeschäft die Beschäftigungsziffer. Auch in der Automobillindustrie war der Geschäftsgang ungleichmäßig, teilweise ist bereits der für den Herbst übliche Rückschlag eingetreten.

Der christliche „Holzarbeiter“ schlägt Wurzelbäume vor Vergnügen. Er hat gefunden, daß die in unserer Nr. 47 gemachten Angaben über die Stärke des christlichen Verbandes in Rheinland-Westfalen unrichtig seien, der christliche Verband habe noch einmal soviel Mitglieder, als wir ihm zugestanden hätten. Wir wollen vor vornherein zugestehen, daß unserm Gewährsmann, der uns die kritisierten Zahlen zur Verfügung gestellt hat, ein Lapfus unterlaufen ist. Er hat, wie wir uns nachträglich überzeugt haben, die in der christlichen Abrechnung angegebene Beitragssumme durch 10 dividiert, statt dieses Rechenexempel mit der Zahl der entrichteten Beiträge anzustellen. Im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit unseres Gewährsmannes, hatten wir es unterlassen, die Zahlen nachzuprüfen. Ob aber der fromme Christ berechtigt ist, daraufhin vom „Schwindel sozialdemokratischer Agitationskunststücke“ zu reden, ist eine andere Frage. Wenn vom Schwin-

del die Rede ist, da müssen sich die verehrten Christen schon an die eigene Nase fassen. Wir brauchen nicht an die famose Geschichte von der verkehrten Schublade zu erinnern, aus welcher irgendein Unverantwortlicher die verkehrte Abrechnung des Gewerkschafts christlicher Holzarbeiter in Druck gegeben hat, auch der christliche Holzarbeiterverband ist in bezug auf die Lieferung einer einwandfreien Abrechnung keineswegs hasenrein. Warum gibt denn der christliche Holzarbeiterverband die Zahl seiner Mitglieder in den einzelnen Zahlstellen nicht öffentlich bekannt? Hat man sich denn dort noch nie gesagt, daß durch die Geheimnistuerei in diesen Dingen Irrtümer geradezu provoziert werden? Eine Zusammenstellung über die Mitgliederziffern wird allerdings bei den Christen auch angefertigt, aber sie wird streng geheim gehalten. In einem solchen Heft, das uns vor einiger Zeit in die Hände fiel, heißt es:

Mit Rücksicht auf die neuen Zahlstellen müssen wir jedesmal wiederholen, daß diese Uebersicht nur für die Ortsverwaltungen, die Vertrauensmänner, Bezirksvorsitzenden und für jene Kollegen bestimmt ist, welche in der Agitation mit tätig sind. Diese hier genannten Kollegen können in einer gemeinsamen Sitzung in die Statistik Einblick nehmen und daraus die nötigen Lehren ziehen. Die Uebersicht ist gut aufzubewahren, damit sie nicht in andere Hände kommt.

Diese Grundsätze sind bei den Christen anscheinend heute noch maßgebend. Wenn sie aber auch in diesen Dingen dem Beispiel des Deutschen Holzarbeiterverbandes folgen, und die fraglichen Ziffern der Öffentlichkeit preisgeben, dann sind sie sicher, daß bei Vergleichen keine Irrtümer vorkommen. Die guten Christen hüten sich aber, das Selbstverständliche zu tun, weil sie sonst fürchten müssen, daß ihre Aufschneiderei von jedermann richtig gewürdigt werden.

Das Köpliche Gännesche als Inspirator der Hirsche. Der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Holzarbeiter hat zuweilen das Bedürfnis, die Rolle des kleinen Gernegroß zu spielen. Da er selbst so klein ist, daß er mit den eigenen Leistungen keinen Staat machen kann, nimmt er die Zahlen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu Hilfe und veründet dann der Welt, was für gewaltige Summen die deutschen Holzarbeiter für Unterstützungs Zwecke ausgegeben haben. Unerfahrene, die das in der „Eiche“ lesen, sollen dadurch zu der Meinung kommen, als handele es sich um die Leistungen des Gewerksvereins. Die „Eiche“, der wir dieses Spiel verwiesen haben, hat sich an das köpliche Gännesche gewandt, und dieses hat ihr ein niedliches Puppenpiel geschickt. Das Kaiserletheater war von jeher eine angenehme Unterhaltung für unsere Kleinen und die Kleinen Hirsche werden sich auch darüber freuen. Lassen wir ihnen das Vergnügen!

Gewerkschaftliches.

Aus den amerikanischen Gewerkschaften.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund hat, wie wir bereits in der vorigen Nummer berichten konnten, seinen Anschluß an die internationale Gewerkschaftsorganisation vollzogen. Aus diesem Anlaß ist es nicht uninteressant, einige Einzelheiten über diese Organisation zu erfahren, die dem Bericht entnommen sind, welchen der Präsident Gompers dem kürzlich in Toronto abgehaltenen Jahreskongress erstattet hat. Die Mitgliederzahl der „American Federation of Labor“ hat in den letzten Jahren einen Rückgang erfahren. Die Mitgliederziffern werden nach den an die Landeszentrale abgeführten Beiträgen berechnet; danach betrug die Mitgliederzahl im Jahre 1900 nur 573 700, sie stieg aber bis zum Jahre 1904 auf 1 736 300. Im Jahre 1908 wurden nur noch 1 609 200 Mitglieder gezählt, die im Jahre 1909 auf 1 364 400 zurückgingen. Diese Mitglieder verteilen sich auf 19 Gewerkschaften (International Union), 59 Staatsverbände, 106 Gewerkschaftsartelle und 4 besondere Gruppen (Naugewerbe, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmarke). Die Landeszentrale hatte im letzten Geschäftsjahre eine Einnahme von 975 986 M., eine Ausgabe von 855 548 M., und der Kassenbestand betrug am 1. Oktober 1909 702 674 M.

Die angeschlossenen Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre an Streikunterstützung 8 686 763 M. ausgegeben. 98 Gewerkschaften haben 693 Streiks mit insgesamt 87 031 Beteiligten geführt. An sonstigen Unterstützungen wurden aufgewendet: An Sterbegeld von 57 Gewerkschaften 4 985 582 M., an Sterbegeld für verstorbene Frauen von Mitgliedern (7 Gewerkschaften) 206 640 M., Krankenunterstützung (20 Gewerkschaften) 3 074 211 M., Reiseunterstützung (4 Gewerkschaften) 218 265 M., Arbeitslosenunterstützung (8 Gewerkschaften) 2 032 919 M.

Die amerikanische Gewerkschaftswelt wird gegenwärtig lebhaft bewegt durch ein Urteil, durch welches Gompers als Präsident, Morrison als Sekretär und Mitchell als früherer Vizepräsident der American Federation of Labor zu schweren Strafen verurteilt wurden. In den gewerkschaftlichen Kämpfen der amerikanischen Arbeiter spielt der Boykott eine große Rolle, welcher von den Unternehmern durch Gerichtsurteile und Einhaltsbefehle bekämpft wird. Als Unterlage dient den Gerichten ein gegen die Trübs der Unternehmer gerichtetes Gesetz. Sie erklären die Gewerkschaften als Trübs und den Boykott als eine durch das Gesetz verbotene Vereinbarung zur Einschränkung des Handels“. Der durch den Boykott geschädigte Unternehmer ist daher berechtigt, von der Gewerkschaft den dreifachen Ersatz des erlittenen Schadens und daneben den Ersatz der Anwalts- und Gerichtskosten zu verlangen. Eine boykottierte Firma, die Buss Stobe Company in St. Louis, begnügte sich aber nicht mit der Forderung der Ersatzleistung, sondern beantragte einen gerichtlichen Einhaltsbefehl gegen die Weiterführung ihres Namens in der im

Bundesorgan, dem „American Federationist“, regelmäßig geführten Liste der boykottierten Firmen. Dieses Verlangen...

In dieser Erörterung wurde eine „Mißachtung des Gerichtes“ erblickt und Gompers zu 12 Monaten, Mitchell zu 9 und Morrison zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Weniger rühmlich sind die Methoden, welche die amerikanischen Gewerkschaften anwenden, um sich eine unangenehme Konkurrenz vom Halse zu halten.

Manche Gewerkschaften machen, abgesehen von den hohen Eintrittsgeldern, die Aufnahme sogar davon abhängig, daß der sich Meldende vorher das amerikanische Bürgerrecht erworben hat.

Außer den Beschlüssen der Trades Unions ist es oft der böse Wille der Unionsbeamten, der der Eingewanderten die Aufnahme in die Gewerkschaft erschwert.

Die Tarifbewegung im Malergewerbe. Die Ergebnisse der Verhandlungen über das Reichstaxismuster müssen, einem Beschluß der letzten Generalversammlung des Malerverbandes entsprechend, den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet werden.

Wie die Gelben zur Vernunft gebracht werden. Die Stadt Augsburg galt bisher als eine Hochburg der gelben Arbeitervertreter.

Die ober schon zu reuen, oder aber ist die Zahl der Gelben schon so zurückgegangen, daß zu viele Exemplare übrig bleiben, denn die Auflage, die bisher 10 000 Exemplare betrug, ist auf 6000 herabgesetzt worden.

Alle unorganisierten Holzarbeiter müssen dem Deutschen Holzarbeiter-Verband zugeführt werden!



Polizeiliches und Gerichtliches.

Christliche Verleumder am Pranger. Der christliche „Bergknappe“ hat in diesem Frühjahr eine große Aktion unternommen, um dem verhassten „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverband eins auszuwischen.

Angelagt war der Landtagsabgeordnete J m b u s c h, der die fragliche Nummer des „Bergknappen“ verantwortlich gezeichnet hatte.

Einem ähnlich blamablen Ausgang für die Christen nahm der wenige Tage zuvor vor dem Schöffengericht in Oberhausen durchgeführte Prozeß gegen den Christen Steger, der in einer Versammlung dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes allerlei ehrenrührige Dinge vorgeworfen hatte.

Einem ähnlich blamablen Ausgang für die Christen nahm der wenige Tage zuvor vor dem Schöffengericht in Oberhausen durchgeführte Prozeß gegen den Christen Steger, der in einer Versammlung dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes allerlei ehrenrührige Dinge vorgeworfen hatte.

waren die Kläger infolge Zögerpätung drei Minuten zu spät gekommen und waren deshalb abgewiesen worden. Infolge eingeleiteter Beschwerde wurde die Sache in den vorigen Stand zurückverfetzt, und am 16. November fand endlich die Verhandlung statt, bei welcher die Christen jämmerlich abschnitten.

Als feinerzeit die christlichen Verleumdungen bekannt wurden, wurden sie nicht nur in den Wäldern der christlichen Gewerkschaften eifrig kolportiert, die ganze bürgerliche Presse entrißte sich über die Schleichartigkeit des Bergarbeiterverbandes.

Literarisches.

Gute Bücher für den Weihnachtstisch. Das Geistes- und Kulturleben der Völker tritt uns nirgends reiner entgegen, als in den Werken ihrer Literatur, und nirgends bietet sich ein besserer Maßstab für die Beurteilung des innersten Charakters, der Gemütsstärke und des Geistesflugs der Nationen als in den Denkmälern ihrer Dichter und Denker.

Die Volkshöhne. Die vom Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebenen Einführungen in Dramen und Opern sind soeben um 8 Hefte vermehrt worden.

Briefkasten.

Raummangels halber mußte eine Korrespondenz aus Bernigerode für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(C. S. 3 in Hamburg).

Invalidenfonds. Der Vorstand hat, wie alljährlich, beschlossen, auch in diesem Jahre eine kleine Gabe zu Weihnachten an arme ausgeleitete Mitglieder zur Verteilung zu bringen.

Der Vorstand. J. M.: G. Blume.

Meyers Klassiker-Ausgaben. Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. Arnim, 1 Band, geb. 2 Mk. Körner, 2 Bände, geb. 4 Mk. Brentano, 1 Band, geb. 2 „ Lenau, 2 Bände, geb. 4 „ Bürger, 1 Band, geb. 2 „ Lessing, 5 Bände, geb. 12 „ Chamisso, 3 Bände, geb. 6 „ Ludwig, 3 Bände, geb. 6 „ Eichendorff, 2 Bde, geb. 4 „ Mörike, 3 Bde, geb. 6 „ Gellert, 1 Band, geb. 2 „ Nibelungenlied, 1 Bd., geb. 2 „ Goethe, 15 Bände, geb. 30 „ Novall und Fouqué, 1 Band, geb. 2 „ Goethe, 30 Bände, geb. 60 „ Platen, 2 Bände, geb. 4 „ Grillparzer, 5 Bde., geb. 10 „ Reuter, 5 Bde., geb. 10 „ Hauff, 4 Bände, geb. 8 „ Reuter, 7 Bände, geb. 14 „ Heibel, 4 Bände, geb. 8 „ Rückert, 2 Bände, geb. 4 „ Heine, 7 Bände, geb. 16 „ Schiller, 8 Bände, geb. 16 „ Herder, 5 Bände, geb. 10 „ Schiller, 14 Bde., geb. 28 „ E. T. A. Hoffmann, 4 Bde., geb. 8 „ Shakespeare, 10 Bde., geb. 20 „ Immermann, 5 Bde., geb. 10 „ Tieck, 3 Bände, geb. 6 „ Jean Paul, 4 Bände, geb. 8 „ Uhland, 2 Bände, geb. 4 „ H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 „ Wieland, 4 Bände, geb. 8 „ Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Sektion der Modelltischler. Samstag, den 11. Dez., abends 7 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Kolleg 5.

Walheim. Samstag, den 11. Dez., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhof“ eine Versammlung statt.

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Gormann-Strasse 18:

Drehler, Maschinenarbeiter, Modelltischler, Stellmacher, Stockarbeiter. 8-10 Uhr vormittags

Tischler aller Branchen von 10-12 Uhr vormittags Einseher von 1 1/2-2 1/2 Uhr nachmittags

Möbelpolierer 8-10 Uhr vormittags und 2 1/2-3 1/2 Uhr nachmittags.

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Engelstr. 14, Partierre, Saal 4, werden vormittags von 9-12 Uhr folgende Branchen vermittelt:

Bilderrahmenmacher, Bodenleger, Bürstenmacher, Aufputzmeister, Kalfischerarbeiter, Malerarbeiten, Kistenmacher, Korbmacher, Kammmacher, Fernmitarbeiter, Bergolber.

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesperrt.

Das Anfragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Einbeck. Die Herberge und das Verkehrslokal befinden sich jetzt bei Gastwirt Bremer, Rheinischer Hof, am Köppenweg.

Offenbach a. M. Die reisenden Kollegen werden ersucht, das Ansuchen zu unterlassen. Gehalt jemand vom paritätischen Arbeitsnachweis Arbeit zugewiesen, dann bitten wir, sich erst bei Kollegen Fischer, Sebanstr. 9, III, zu erkundigen.

München. Der Arbeitsnachweis für alle in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen befindet sich in München bei Herrn Franz Hübner, Gehlsbühlstr. 20, Münchenhof, Wändlenerstr. 28, wozu alle Anfragen unbedingt zu richten sind.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eimer, Hermannstr. 22, vorn part. Ansuchen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Weststr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Ernst Zobel, Tischler, Buchnummer 458625, geb. 10. 8. 1877 zu Schmarom, wird aufgefordert, seine Verpfändungen in der Zahlstelle Eberwalde schnellstmöglich nachzukommen. Wer dessen Aufenthalt kennt, wird gebeten, Mitteilung zu geben an Richard Meißner, Bevollmächtigter, Eberwalde, Süßwarenbergstr. 9, oder Hauptvorstand.

Adolf Buser, Schreiner, geb. 11. 2. 79 zu Buchsnummer 457981. Er hat der Zahlstelle Waldsiedl abgerechnet. Um Angabe seiner Adresse zu bitten. Der Verbandsvorstand.

Fritz Holz, Tischler, geb. 9. 1. 81 zu Ottonen, hagen, Buchnummer 182049, dessen Adresse unbekannt ist, wird aufgefordert, sich bis zum 11. Dezember er. gegen den von Frankfurt a. M. wegen Unterschlagung gestellten Antrag auf Ausschluß zu rechtfertigen. Berlin C., Neue Friedrichstr. 2, Der Verbandsvorstand.

Gerrad Didden, Tischler aus Wilhelmshaven, w. ersucht, wegen Begehren 7. Nr. zu send. Franz Meißner, Tischlern, Rheinle, Wehlf.

Karl Reim und Meyer, beide Tischler aus Uresbach, senden eine Abrechnung an Gehlrich Groß, Kiel, Schillstr. 7.

Leopold Dautkus, Tischler, geb. 21. 2. 11. 8 Buchnummer 168601, wird gebeten, seine Adresse zu senden an den Bevollm. in Uresbach, Haber Walter, Palmstr. 10.

Albert Sampt, Buchnummer 249066, wird um Angabe der Adresse ersucht. Zahlstelle Schwemlingen.

Wilh. Sien, Tischler, Buchn. 900942, geb. 29. 9. 77, eingetr. 14. 4. 04 in Lübeck, ist seit 28. 10. verschunden. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, der Lokalverwaltung in Lübeck, Aug. Schulz, Mittelbörnstr. 33, Mitteilung zu machen.

In meiner **Wärmeholzfabrik** finden für sofort noch einige tüchtige **Schreiner**, welche auf **Koll- und Stehpulte**, sowie **Alten- und Mäckerchränke** eingearbeitet sind, dauernde gutbezahlte Beschäftigung. Eintritt mußte umgehend erfolgen. **Eberhard Fejer, Wärmeholzfabrik, Stuttgart.**

Tüchtige Stuhlpolierer und Sofagestellbauer sucht **Karl Klübescheid** Holzwaren-, Sofagestell- und Stuhlfabrik **Themar, Thüringen.**

Einige tüchtige **Polierer** bei gutem Lohn für dauernd gesucht. **Bauer & Co. G. m. b. H., Stadtfabrik, Hattersheim bei Frankfurt a. M.**

2 Drechsler auf Bau und Möbel für dauernd gesucht. **G. Wichmann, Neustettin.**

Tücht. **Schneidwerk** findet lohnende Beschäftigung bei **Aug. Voß, Wald, Rhld.**

Tüchtige Stockarbeiter per sofort gesucht. **Süddeutsche Stockfabrik, Gebirge Marschall, Mannheim.**

Tüchtige Arbeiter zum Basten und Reiben auf feine blonde und gelbe Seidenpattartikel sowie Reparaturen gesucht. Guter Lohn. Dauernde Stellung. Best. Offerten erbeten an **Schlager & Best, Darmstadt.**

2 Fertigmacher, 1 Einleger stelle noch sofort ein **Otto Jahn, Stadtfabrik, Friedrichsbrunn, Ost-Harz.**

Tüchtige Stockpolierer auf dauernde Arbeit und guten Verdienst per sofort gesucht. **Oskar Rotholl Nachf., Cassel, Moltkestr. 5.**

Poliermeister für die Stockbranche per sofort gesucht. **Oskar Rotholl Nachf., Cassel, Moltkestr. 5.**

Tüchtigen Donblierer für Haarschmuck sucht per sofort bei guter Bezahlung **Gustav Müller, Kammmfabrik, Ober-Ramstadt bei Darmstadt.**

Auf sofort 3 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit sucht **S. Bort, Korbmachermeister, Bad Wildungen, Königsquelle, Waldeck.**

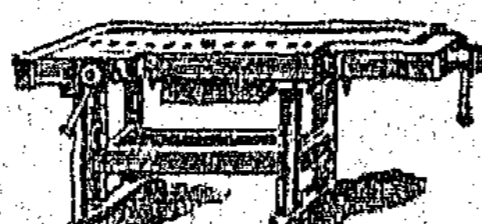
2 Korbmacher auf Ballontörche sofort gesucht. **Karl Bötzjen, Burgstammen, Station Poppenburg.**

Sichere Brotstelle! **Tischlerei und Möbelhandlung**, in bester Lage der Residenzstadt Oldenburg, mit hohem Umsatz, ist wegen Aufgabe billig, bei geringer Anzahlung, zu verkaufen. Sehr günstig für Anfänger. Offerten unter **O. E. 183** an die Expedition dieses Blattes.

Verkaufe sofort, wegen Ehefachen, meine Tischlerei und Glaserie mit Spez. Bildereintrahlung. 22 Jahre in einer Hand. Alle Kundschaft. Erforderlich 2500 Mk. Offerten erb. unter **K. A. 2 Postamt 10, Dresden.**

Stellmacherei (Dr. Mersburg) mit guter Kundschaft, Rittergut und Bauerngüter im Ort, sofort zu verkaufen. Offerten erbeten unter **K. N. 182** an die Exped. d. Zeitung.

Hobelbänke fabriziert als Spezialität und gibt billig ab **G. Gorlt, Werkzeugfabrikant, (Znh. Marie Gorlt), Liegnitz, Carlhausstr. 60.** Preisliste und Anerkennungen franco.

Neuen Katalog gratis.  Neuen Katalog gratis.

Hobelbänke :: Hobel Montagebänke **Gebr. Hase, G. m. b. H., Liegnitz Werkzeugfabrik.**

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. **Zahlreiche Anerkennungs schreiben.** **E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.**

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 30 Jahren **Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.**

 **Reform-Putzhobel „Matador“** **Gebr. Genuit, Cassel 12.**

gesetzlich geschützt, übertrifft unstrittbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franco. **Gebr. Genuit, Cassel 12.**

Mein lieber Freund
Wenn Du jemals Amerik., Engl., Deutsche Werkzeuge oder Abziehsteine brauchst, verlange vorher gratis und franco die jetzt neue Preisliste von **Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Bergmannstr. 31.** Du wirst staunen, wie gut und billig Du da kaufst.

Tischler-Fachschule Blankenburg am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als **Werkführer, Zeichner und Zeichner**, anschließend staatliche Meisterprüfung. **Kostenlose Stellenvermittlung.** **Direktor Reineking.**

Patentanwalt **A. Kühn, Dipl.-Ing. BERLIN SW. 61, Gitschinerstr. 100.**

Tischler-Fachschule Detmold gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- und Zeichen-Säle. **Programme frei.** **DIREKTOR BRECHT.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg **Erstklassige Lehranstalt.** Kirchenweg 14. **Dir. Carl Malbaum.**

B. Kollcher's Fachschule für Tischler und für gewerbliches Zeichnen **Exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr.** 3- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. **B. Kollcher.**

Almanach für das Jahr 1910 **Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes**
Der neue Almanach wird gegenwärtig an die Zahlstellen verandt. Bis alle bestellten Sendungen expediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir zu beachten bitten. Der Preis des Almanach beträgt wie bisher für Verbandsmitglieder **50 Pf.** pro Exemplar. Die Mitglieder in den Zahlstellen müssen ihre Bestellungen baldigt bei den Lokalverwaltungen aufgeben. Zur Entschädigung des Kassierers resp. der Kolporteurs des Almanach liefern wir auf je 10 Exemplare ein Freixemplar. Einzelmitglieder beziehen den Almanach gegen Voreinendung von **60 Pf.** (inkl. Porto) von der Hauptkassie in Stuttgart. Für Nichtmitglieder beträgt der Preis (nur durch den Buchhandel) **1 Mk.** pro Exemplar. Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Bestellungen noch im Rückstande sind, wollen dieselben nunmehr umgehend nachholen, damit der Verland ohne Unterbrechung erfolgen kann. **Der Verbandsvorstand.**

Ein praktisches Weihnachtsgeschenk
für jeden Holzarbeiter, auch geeignet zu Vereinsverlosungen, ist ein gebundener Jahrgang des **Fachblatt für Holzarbeiter.**
Der Jahrgang 1909 liegt in wenigen Tagen abgeschlossen vor und kostet elegant in Leinen gebunden portofrei **5,50 Mk.** Zum gleichen Preise sind noch einige gebundene Jahrgänge 1907 und 1908 zu haben.
Bestellungen unter Beifügung des Betrages nimmt schon jetzt entgegen **Der Verlag des Fachblatt für Holzarbeiter.** Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, IV.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
zwei deutsche Reichspatente gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Polierpulver (Lackstoffsulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht
:: eine sofortige Porenfüllung ::
man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**
erzielt ::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,
vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Polierpulver (Lackstoffsulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 " Patent-Politur zum Reinpulieren
1 " allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 " Schellack- und Polieröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke "Horno"
1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"
1 " Bimstein-Polierpulver, hellmussbraun
1 Tüte Inkrustationskit (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschiefflotz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark.**
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Werkstattplauderei. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.